

Gegen den Faschismus!

Reichspräsidentenwahl — Für Demokratie! — Gegen Diktatur! — Parole: Schlagt Hitler!

Bei der Reichspräsidentenwahl am 28. März geht es nicht um die Kandidaten Hindenburg, Hitler, Thälmann und Düstberg, nicht um Parteien und ihren Einfluß, sondern um viel mehr. Bei dieser Wahl wird darum gekämpft, ob die freien Volksrechte, die freiheitliche Verfassung, die Demokratie, der Parlamentarismus, der Fortschritt und die Freiheit, also Errungenschaften, mit deren Hilfe das Volk selbst über sein Schicksal bestimmen kann, bleiben. Es geht darum, ob der Faschismus mit den brutalsten Gewaltmitteln, mit Terror, Mord und Totschlag zum Wohle einer kleinen, eingebildeten, aufgeblasenen Schicht die Massen ausbauen und beherrschen wird.

Es wird ein Ringen um ein Stück Staatsmacht, bei dem das Volk um seine Mitbestimmungsrechte, um seine Freiheit zu kämpfen hat. Volksrechte, Verfassung und Demokratie sind Waffen, mit deren Hilfe sich das Volk an der Regierungsmacht beteiligen kann, mit denen es auf sein Schicksal einzuwirken vermag, ohne Gewalt anwenden zu müssen. Diese friedlichen Mittel, die ein demokratisches Staatswesen gewährt, werden gegenwärtig auch von den Diktaturparteien ausgenutzt mit der Absicht, sie zu beseitigen und eine Herrschaft des Rechtsradikalismus mit schärfstem Terror und blutiger Gewalt aufzurichten. Das Volk soll nichts mehr mitzubestimmen haben, es soll untertänig sein, gehorchen und sich ausbauen lassen, ohne sich dagegen zur Wehr setzen zu können.

Einem Vorgeschmack dieser Bestrebungen gibt uns ja die Nationalsozialistische Arbeiterpartei, die die faschistische Diktatur bestrebt. Prinzen, Generale, Herren, Großindustrielle, Bankdirektoren und Junker benutzen eine Anzahl Diktatoren und politische Streber, lassen Millionen zufließen, mit denen sie eine Schutztruppe unter stiller Duldsamkeit des geschwächten Staates halten und ziehen mit diesem Rückhalt den Versuch, ihre alten Rechte, ihren alten Einfluß im Staat, ihre alte Machtstellung wieder zu erringen. Sie lassen es sich etwas kosten und schrecken sich nicht vor den brutalsten Mitteln zurück. Die niedrigsten Instinkte, die minderwertigsten Leidenschaften werden aufgestachelt, moralische Verleumdung wird zumut gemacht, Gemeinheiten gefördert, Bestialität entfaltet, Morde verübt, Lüge und Verleumdung als übliche Waffen benutzt, um an die Macht im Staate heranzukommen. Von dem Streben der unmenschlichen Anhänger des Faschismus geben die 1480 Gewalttaten mit 62 Toten und über 3200 Schwer- und Leichtverletzten als Blutopfer des deutschen Faschismus allein in den letzten beiden Jahren erschreckliche Kunde. Wie groß würden diese Blutopfer erst werden, wenn der Faschismus legal von Regierungsstellen

aus seine Schandtaten ausführen könnte und wenn die Best-Dokumente in die faschistische Staatsverfassung aufgenommen würden. Der Bürgerkrieg wäre dann in Deutschland legaler Zustand; denn die nichtfaschistischen Kreise würden sich doch nicht ohne Gegenwehr drangsaliieren und erschießen lassen.

Die Nationalsozialisten als die robus-tenera und gewissenlosere Partei haben im Laufe der Jahre manches hinzu gelernt. Im Jahre 1923 haben sie es noch mit einem Putsch versucht, wobei Hitler entweder siegen oder sterben wollte. Der Putsch brachte den Nazis keinen Erfolg, aber auch Hitler weder Sieg noch Tod. In der Folgezeit zog er es vor, mit demokratischen Mitteln zur Macht zu gelangen. Er gab sich mit Wahlerfolgen zufrieden. Die Krise war ihm günstig. Das vorantriebige Bürgertum verhalf ihm zu einigen Millionen Wählerstimmen und zu zweifelhaften Parlamentsvertretungen. Aber selbst dort, wo Nationalsozialisten zur Regierung kommen, mühten sie mit Wasser kochen. Es gelang ihnen, nur einige Parteibuchbeamte unterzubringen. Not und Elend haben sie nirgends gelindert, auch nicht Arbeit beschafft. Das darf nicht übersehen werden, weil ja gerade jetzt bei den Wahlkämpfen die Nazis wieder die größten

Versprechungen machen, um Dumme zu fangen. Deshalb ist daran zu denken, daß die Nationalsozialisten in Regierungsstellen die Wirtschaftslage nicht zu bessern vermögen.

Die ganze Art des Wahlkampfes zeigt, daß in dem verarmten Deutschland die Nationalsozialistische „Arbeiter“partei Millionen von Mark zur Agitation zur Verfügung hat. Die SA-Proleten dieser Partei hungern, aber Hitler kann im teuersten Hotel in Berlin, im Kaiserhof, absteigen, das teuerste Auto kaufen und seine Führer gut bezahlen. Woher ist das Geld? Doch sicher von den Hintermännern, die Hitler und seine Mannen als Werkzeug für ihre Zwecke benutzen. Gerade dieser Umstand beleuchtet das ganze Treiben des Faschismus blitzlichtartig. Hitlers Geldgeber sind die Scharfmacher und die Anhänger der alten Tradition, die das kapitalistische System in Gefahr sehen, die die wirtschaftlichen Dinge nicht mehr meistern können. Sie haben Hitler und seine Mannen gedungen, mit den schärfsten Gewaltmitteln den demokratischen republikanischen Staat legal zu überwältigen, um die Macht und den Einfluß der Arbeiterorganisationen zu brechen, die dem System so manches abgerungen haben. Das ist der eigentliche Sinn der Wahlkämpfe.

Erst wenn Mitbestimmung, Einfluß und Macht der Arbeiterorganisationen und die parlamentarischen Bastionen der organisierten Arbeiterschaft im Staate beseitigt sind, kann sich der Faschismus entfalten und seinen Geldgebern nützlich sein. Deshalb richtet sich der Kampf der vom Scharfmacherkapital ausgehaltenen Nationalsozialisten gegen die organisierte Arbeiterschaft und ihre Positionen im Staat und gegen die Anhänger des Bürgertums, die diese Errungenschaften der Arbeiterschaft im Staate auch gewährleisten. Deshalb wird aber auch von jener Seite der Kampf mit unverminderter Schärfe gegen die Reichs- und Staatsstellen geführt, die zur Verfassung stehen, die die Volksrechte sicherstellen und ihre Pflicht in unparteilicher Weise erfüllen.

Bei der Reichspräsidentenwahl ist kein Arbeiterkandidat aufgestellt, sondern der ehemalige Generalfeldmarschall, der gegenwärtige Reichspräsident von Hindenburg, der russische Reitergeneral Dmitri Thälmann, der ehemalige Oberstleutnant und jetzige Stahlhelmann Düstberg und der ehemalige Deserteur und jetzige Nazimann Adolf Hitler. Ein Arbeiterkandidat hätte keine Aussicht auf Erfolg, weil die Kommunistische Partei Deutschlands niemals die Vernunft aufbringen würde, einen bekannten Arbeiterkandidaten zu unterstützen. Sollen in einem solchen Falle die Arbeiter und Arbeiterinnen etwa durch Fernbleiben von der Wahl oder durch Stimmabgabe für einen aussichtslosen Kandidaten den Faschisten Hitler indirekt zu einem Erfolg verhelfen? Das ist die große Frage, bei der Arbeitern die Entscheidung nicht schwerfallen kann. Gewiß hat die organisierte Arbeiterschaft ihre Idee und ihre Klasseninteressen zu berücksichtigen. Da aber in diesem Falle auch wesentliche Teile des Bürgertums gegen den Faschismus ankämpfen und da eine Arbeiterkandidatur keine Aussicht auf sicheren Erfolg hat und den Kampf gegen den Faschismus zum Mißerfolg verurteilen würde, muß so gehandelt werden, daß der bisherige Reichspräsident Hindenburg wieder gewählt wird. Er hat in seiner bisherigen Amtszeit stets versucht, in der unparteilichsten Weise sein Amt zu verwalten. Deshalb ist er Hitler vorzuziehen.

Die Uneinigkeit der deutschen Arbeiterschaft in politischen Dingen zwingt zu dieser Maßnahme, die zum Ziele hat, den Faschismus nicht zum Siege kommen zu lassen. In einem solchen Entscheidungskampf kann die Arbeiterschaft ruhig eine Strecke Wegs mit dem nichtfaschistischen Bürgertum gehen, sie vergeblich dabei gar nichts.

Gegen den Rechtsradikalismus ging die sozialistische Arbeiterschaft schon öfters — auch bei Wahlen vor dem Kriege — gleiche Wege mit dem Bürgertum, sie kann das auch in diesem Falle tun, ohne sich zu schädigen.

An die Gewerkschaftsmitglieder!

Arbeiter und ArbeiterInnen Deutschlands!

Bei der Wahl des Reichspräsidenten geht es um Euro und Eurer Kinder Zukunft, um Sein oder Nichtsein des demokratischen Deutschland, um die Deutsche Republik und ihre Verfassung.

Eure geschworenen Feinde sind die in der „Nationalen Opposition“ zu einem Haßbündnis vereinigten Parteien. So bitter sie sich untereinander befeinden, sie haben ein gemeinsames Ziel, ihre unbeschränkte Vorherrschaft auf Euro Knechtschaft zu gründen.

Laßt Euch durch ihr Kampfgeschrei gegen Hindenburg und Brüning nicht täuschen. Ihr Ansturm gegen das „heutige System“ richtet sich gegen die deutsche Arbeiterbewegung, ist ein Kreuzzug wider den Sozialismus, gilt der Vernichtung der Gewerkschaften.

Eure Feinde können nur triumphieren durch Euro Zwietracht. Sie müssen zuschanden werden an Eurem einmütigen Willen, der faschistischen Bewegung auf deutschem Boden Halt zu gebieten. Die geschichtliche Stunde ruft Euch auf zu einheitlicher Abwehr.

Wollt Ihr, daß die Not, die diese beispiellose Krise auf Euch häuft, auch noch zu Eurer politischen Entrechtung ausgenutzt wird? Wollt Ihr wieder wie einst der Willkür Eurer Unternehmer ausgeliefert sein? Wollt Ihr, daß an Stelle der Gewerkschaften, die heute Träger Eures Willens sind, willenlose Befehlspfeiler eines faschistischen Staates treten? Wollt Ihr zulassen, daß alle gesetzlichen Sicherungen fallen, die Euch in besseren Zeiten den Weg zur Wiedereroberung Eurer Rechte gewährleisteten?

Ihr wollt das nicht, Ihr könnt das nicht wollen!
Der Verschwörung der Kriegshetzer vor gestern und heute, dem Ansturm der Feinde Eurer Freiheit müßt Ihr am 13. März die entscheidende Niederlage bereiten. Ihr müßt dem Massenwahn des Faschismus die Kraft Eures unbeirrbar politischen Willens entgegensetzen. Auch die kommunistischen Mitglieder der Gewerkschaften dürfen nicht durch Unterstützung einer aussichtslosen Sonderkandidatur Hitler oder Hugenberg in den Sattel helfen.

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands! Wir rufen Euch auf, dem seitherigen Reichspräsidenten Hindenburg Eure Stimme zu geben.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Außerordentlicher Kongreß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

Mittwoch, den 23. März, im Plenarsaal des Verl. Reichswirtschaftsrats, in Berlin, Bellevuestraße 15. Beginn: vormittags 9 1/2 Uhr

Tagesordnung: Die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung

Nach dem Beschluß des Bundesausschusses findet eine Neuwahl der Delegierten nicht statt. Die Regelung der Delegation im Rahmen der Bundessatzung ist den Verbandsvorständen überlassen.
Der Bundesvorstand. Leipart.

Bürgersteuer für Kurzarbeiter ermäßigt

Endlich ist der unsoziale Zustand beendet, daß Arbeitnehmer, die z. Z. kurzarbeiten oder stark der Lohnsenkung unterworfen sind, mit der vollen Bürgersteuer belastet sind.

Es gilt nunmehr folgendes: Bei Arbeitnehmern, für die bei der nächsten auf die Fälligkeit folgenden Lohnzahlung ein Steuerabzug vom Arbeitslohn wegen Nichtüberschreitens der Freigrenze nicht einzuhalten ist, ermäßigt sich der an diesem Tage einzubehaltende Teil der Bürgersteuer auf die Hälfte.

Ein Beispiel zum besseren Verständnis: Wäre der Teilbetrag der Bürgersteuer am Sonnabend, den 26. Februar fällig, dann wird von diesem Teilbetrag nur die Hälfte erhoben, wenn am Sonnabend, den 5. März, als den auf die Fälligkeit der Bürgersteuer folgenden Lohnzahlungstag, der Arbeitnehmer keine Lohnsteuer zu entrichten braucht, weil der Verdienst die Lohnsteuerfreigrenze nicht überschritten hat.

Ist derselbe Tatbestand auch gegeben, wenn die weitere Rate für die Bürgersteuer fällig ist, dann wird ebenfalls wieder nur die Hälfte der Rate der Bürgersteuer einbehalten.

Ergibt sich aber gerade, obwohl vor dem keine Lohnsteuer wegen Nichtüberschreitens der Freigrenze zu zahlen war, daß bei der Lohnzahlung, die auf den Fälligkeitstag der Bürgersteuer folgt, Lohnsteuer einzubehalten ist, dann allerdings muß die im Augenblick fällige Bürgersteuer voll beglichen werden.

Bei einem Ledigen werden z. B., wenn der Lohn pro Woche unter 24 RM, oder pro Monat unter 100 RM bleibt, keine Lohnsteuer erhoben, d. h. jene Beträge machen die Freigrenze aus.

Zu diesen Freibeträgen treten dann noch die Familienermäßigungen, deren Höhe sich nach der Zahl der Personen richtet, die auf der Steuerkarte vermerkt ist. Außerdem erhöht sich dann noch die Freigrenze um die Sonderermäßigungen, die auf besonderen Antrag vom Finanzamt erteilt sind.

Es ist festzuhalten: Wird an dem in Frage kommenden Zeitpunkt wegen Nichtüberschreitens der gegebenen Freigrenze Lohnsteuer nicht einbehalten, so ist nur die Hälfte von der Rate der Bürgersteuer fällig.

Vorstehendes findet jedoch keine Anwendung, wenn bereits wegen Ermäßigung des Landessatzes nach § 5, Abs. 3, Nr. 1, der Bürgersteuerverordnung auf der Steuerkarte nur der halbe Bürgersteuerbetrag angefordert ist.

Die Verordnung, die die neuen Änderungen bringt (Reichsgesetzblatt 1932, S. 66), gilt erstmalig für den am 10. Februar 1932 fällig werdenden Teilbetrag der Bürgersteuer.

Abschließend sei noch darauf aufmerksam gemacht, daß, wenn der Lohn für volle Monate bis 42 RM, für volle 14 Tage bis 20 RM, für volle Wochen bis 10 RM und für volle Arbeitstage bis 170 RM beträgt, dann überhaupt keine Bürgersteuer in Frage kommt.

Lorenz Popp.

Schlamperei in der RGO.

Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO), das ist die kommunistische Gewerkschaftsopposition, führt bekanntlich einen ganz widerlichen vorverfälschten Kampf gegen die Gewerkschaften mit Lügen und Verleumdungen. Ihr ist es darum zu tun, die Gewerkschaften zu inkreditieren. Nun müßte es ja so sein, daß eine Organisation, die anderen etwas vorwirft, besonders vorbildlich handelt. Darin hapert es aber bei der RGO. Nicht nur, daß sie keinerlei Abrechnung über gezahlte Beiträge gibt, nicht nur, daß die Mitglieder gar nichts zu bestimmen haben und nicht erfahren, was mit ihren Beiträgen gemacht wird, sieht es auch in anderen Dingen sehr trüblich aus. Ihre Versprechungen kann sie nicht zum hundertsten Teil erfüllen. Wie schlampig es in der RGO zugeht und wie unsauber und dunkel die Geldverwaltung gehandhabt wird, läßt sich aus einer Einladung ersuchen, die wir im Wortlaut abdrucken. Dort heißt es:

„Werde Orgleiter!
Besondere Umstände veranlassen uns, die im Arbeitsplan vorgesehene Org.-Konferenz ausfallen zu lassen.

Es findet an diesem Tage, am Freitag, den 12. 2. 32, abends 8 Uhr, bei Wollschläger, Adalbertstr. 21, eine große Funktionärerversammlung aller Funktionäre des UB Südost statt.

Da sehr wichtige Beschlüsse zu fassen sind, ist die Anwesenheit jedes einzelnen Funktionärs von großer Bedeutung. Beginn pünktlich 8 Uhr. Pünktliches Erscheinen ist notwendig!

Jeder Orgleiter der Gruppe bringt eine Aufstellung sämtlicher Funktionäre seiner Gruppe zwecks Ausstellung neuer Funktionärerausweise mit.

Diese Einladung ist als Ausweis mitzubringen.

Da der Umtausch der Karten bis zum heutigen Tage sehr mangelhaft ist, ersuchen wir daraus die Schlamperei in unserer Kassierung. Da wir aber kein Interesse daran haben, die Hälfte der Mitglieder zu verlieren, verpflichten wir Euch, sofort dafür zu sorgen, daß alle Karten sofort zum Umtausch eingezogen werden, auch dann, wenn sie nicht ordnungsgemäß geklebt sind.

Wir müssen jetzt auf jeden rückständigen Betrag verzichten und dafür Sorge tragen, daß die Kollegen schnellstens im Besitz ihrer neuen Mitgliedskarten gelangen, damit sie nicht wieder 12 Wochen im Rückstand bleiben. Sorgt dafür, daß alle Kollegen innerhalb einer Woche ihre Mitgliedsbücher besitzen.

Dies zur besonderen Kenntnis!
Mit proll. Gruß UBA der RGO, Südost, Sekretariat, Enkestr. 4, Abtlg. Org. Stempel: Revolutionäre Gewerkschaftsopposition Unter-Bez. Berlin Süd-Ost.“

In diesem Schreiben steht schwarz auf weiß, daß Schlamperei in der Kassierung vorherrschend ist, daß Karten nicht ordnungsgemäß geklebt sind, daß 12 Wochen Rückstände vorliegen und daß auf jeden rückständigen Beitrag verzichtet wird, nur damit die Mitglieder gehalten werden können.

So wird das Geld der meist in Not befindlichen Mitglieder der RGO schon von den Unterkassierern verplempert. Wohin mag es erst gelangen, wenn von dem übrigbleibenden Rest noch etwas in die dunklen Kanäle fließt. Ist es da ein Wunder, daß die RGO-Mitglieder bei einem Kampf nie Unterstützung bekommen? Aus dieser schlampigen verlotterten Geldverwaltung geht die ganze Gewissenlosigkeit der RGO hervor, die erst ihre Leute aufputscht, sie in aussichtslose Kämpfe jagt und die Leute dann dem Schicksal preisgibt, weil die Mittel verlutert wurden. Schöne „revolutionäre“ Taten!

Eine solche Organisation wagt es, die Gewerkschaften zu lästern. Ob die Mitglieder der RGO nicht merken, daß sie nur ein opferndes Mittel zu einem bestimmten unehrlichen Zweck sind?

Leipziger Messe

Die Leipziger Frühjahrsmesse 1932 beginnt am 6. März und dauert für die Mustermesse bis 12. März. Die Große Technische Messe und Baumesse dauert bis 13. März. Nach den Aussteller-Anmeldungen wird die Frühjahrsmesse wieder eine gute Warenbeschickung aufweisen. Es werden etwa 8000 Ausstellerfirmen vertreten sein, von denen 15-1600 auf die Große Technische Messe und Baumesse entfallen. Das sind im Hinblick auf die schwere Wirtschaftskrise, in der sich Deutschland befindet, sehr beträchtliche Zahlen.

Gerade die Frühjahrsessen haben sich stets eines besonders starken Besuches ausländischer Einkäufer erfreuen können (Frühjahr 1931: 27486 ausländische Besucher bei einer Gesamtbesucherzahl von 147492), wozu wesentlich mit beigetragen hat, daß der internationale Charakter der Frühjahrsmesse durch eine verhältnismäßig starke Teilnahme des Auslandes auch als Aussteller stark unterstützt wird. Auch diesmal bringt die ausländische Industrie der Frühjahrsmesse wieder großes Interesse entgegen. Es sind nicht nur viele ausländische Einzelaussteller anwesend, sondern es ist auch eine ungewöhnlich große Zahl von Kollektiv-Ausstellungen vorhanden.

Wenn auch die Leipziger Messe eine regelmäßig wiederkehrende wirtschaftliche Einrichtung ist, deren universaler Ausbau fast vollständig durchgeführt ist, so hat doch jede Messe ihr besonderes Gesicht und weicht von vorhergehenden Messen ab. Zwar sind in den 37 großen Messehäusern der Innenstadt und den 16 Ausstellungshallen des Geländes der Großen Technischen Messe und Baumesse die verschiedenen Warengruppen in altgewohnter Weise vertreten; daneben findet man aber Neuerscheinungen in Form von Sonderausstellungen, Neubeteiligungen u. a. m.

daß sie bei dem Kampf um Republik oder Diktatur dabei sein wollen. Die Arbeitermassen wissen, daß es in den nächsten Wochen um Sein oder Nichtsein der Arbeiterbewegung geht. Es ist keine leere Drohung, wenn Hitler prophezeit hat, daß es einen parlamentarischen nationalsozialistischen Staat nicht geben würde. Deshalb muß alles daran gesetzt werden, Hitler die Möglichkeit zu nehmen, einen solchen Staat überhaupt aufzurichten zu können. Von einer demokratischen Freiheit oder gar von einem sozialen Staatswesen wird dann keine Rede mehr sein. Und weil dies auch von dem ärmsten Proletarier instinktiv geahnt wird, deshalb der Massenauflauf zu den Versammlungen der Eisernen Front. Erfreulich ist dabei, daß namentlich die Hammerschaften sich vorzüglich entwickeln. Und dies, trotzdem es den Arbeitern in den Betrieben wirklich miserabel geht. Und selbst die Ärmsten der Armen, die Arbeitslosen, stellen sich mit ihrer ganzen Person zur Verfügung. Eine Bewegung, die von einem solchen Impuls und einer derartigen inneren Festigkeit getragen ist, wird dafür sorgen, daß die Bänne der Nazis nicht in den Himmel wachsen. Deshalb weiter mit und für die Eisernen Front, bis der „Mythos des 20. Jahrhunderts“ zur lächerlichen Figur herabsinkt.

Erfinderausstellung

Die seit Jahren stattfindende Sonderausstellung des Deutschen Erfindervereins e. V., Hamburg 1, in der Halle 2, auf dem Gelände der Technischen Messe, wird zur bevorstehenden Leipziger Frühjahrsmesse (6. bis 16. März 1932) eine besondere Prägung dadurch bekommen, daß die neuesten vergrößerten Originalraketenflugzeuge (auch Postraketen) mit allen näheren bildlichen Darstellungen in der Erfindersaale zur Ausstellung gelangen. Da das Erfinderverein auch zur Frühjahrsmesse zweihundert mittellosen Erfindern wieder eine kostenlose Ausstellung zusichert, dürfte diesen durch die zugkräftige Raketen- und besonders die Raketen-Interessierten Erfinder wollen sich daher an die obige Adresse des Erfindervereins wenden. Sofern sich die Platzfrage befriedigend lösen läßt, finden zur Frühjahrsmesse auch Raketenflüge statt.

Volksfürsorge im Jahre 1931

Die Volksfürsorge gibt neben den Neuzugang von Versicherungen im Vorjahre bekannt. Danach sind insgesamt 271 882 Volksversicherungen (Höchstversicherungssumme bis zu 3000 RM) mit 108 964 RM Versicherungssumme und 609 452 RM Monatsprämie neu abgeschlossen worden. In der Groß-Lebensversicherung, die Versicherungen bis zu 10 000 RM gestattet, beläuft sich der Neuzugang auf 3944 Versicherungen mit 8 780 370 RM Versicherungssumme.

Dieses gegenüber 1930 um etwa 1/2 gesunkene Resultat ist immerhin noch als sehr erfreulich zu bezeichnen. Es zeigen sich in diesem Ergebnis aber auch die Auswirkungen der großen Arbeitslosigkeit und der gesunkenen Kaufkraft der Bevölkerung. — Sobald die endgültigen Zahlen über das Geschäftsergebnis der Volksfürsorge vorliegen, werden wir ausführlich darüber berichten.

4. Ausschußsitzung des ADGB.

Am Montag, dem 15. Februar, trat der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes im Berliner Gewerkschaftshaus zu seiner 4. Tagung zusammen.

Leipart erstattete Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes während der letzten Monate, aus dem wir einige Punkte herausgreifen. Insbesondere kritisierte er die unschlüssige Haltung des Reichsarbeitsministers in der Frage der allgemeinen Verkürzung der gesetzlichen Höchstarbeitszeit.

In den letzten Monaten stand die Reparationsfrage im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. Die Forderung: „Schluß mit den Reparationen“ steht in keiner Weise im Widerspruch mit der bisherigen Stellungnahme der Gewerkschaften. Sie ist vielmehr die Konsequenz daraus, daß die Reparationen im eigentlichen Sinne, d. h. die Zahlungen für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete, bereits geleistet worden sind und daß die wirtschaftliche Notlage Deutschlands ihm die Fortdauer politischer Zahlungen nicht mehr gestattet, um so mehr, als die weltwirtschaftlichen Voraussetzungen für die letzte Reparationsregelung sich inzwischen so verschoben haben, daß es aus wirtschaftlichen und politischen Gründen widersinnig wäre, an ihr festzuhalten. Die Gewerkschaften werden diesen Standpunkt auch weiterhin vertreten.

Schlimme berichte über Steuerfragen. Vom 10. Februar 1932 an wird in der Verpflichtung zur Zahlung der Bürgersteuer eine Erleichterung eintreten. Die Lohnsenkung aus Billigkeitsgründen auf Grund von § 131 der Reichsabgabenordnung wird behördlicherseits bekämpft. Gegen diesen rechtlich unhaltbaren Standpunkt wehren sich die Gewerkschaften mit aller Entschiedenheit. Sie fordern, daß die Lohnsteuer erst dann abgezogen wird, wenn das Lohnsteuerfreie Einkommen wöchentlich oder monatlich erreicht ist. Der Bundesvorstand fordert die Einführung von Steuerbüchern für unabhängig Beschäftigte, um eine Regelung in diesem Sinne anzubahnen. Der Reichsfinanzhof hat entschieden, daß auch die ehrenamtlichen Gewerkschaftsfunktionäre lohnsteuerpflichtig seien. Der Bundesvorstand wird im Klagewege gegen diese Auffassung vorgehen. Der Bundesvorstand hat gemeinsam mit dem Vorstand des AFA-Bundes einen Gesetzentwurf für eine schärfere Kontrolle der Werkspargassen ausgearbeitet, der dem Reichstage zugeleitet worden ist.

Splendi berichte über das Krümpersystem, für dessen Durchführung sich der Bundesvorstand in einem Rundschreiben eingesetzt hat. Kollegin Hanna ging auf die Notwendigkeit der besonderen Werbungs- und Schulungsarbeit unter den Frauen ein.

In der Aussprache wurde eindringlich darauf hingewiesen, daß es noch zahlreiche Arbeiter und Angestellte in Deutschland gibt, die erheblich länger als 48 Stunden in der Woche arbeiten, und zwar besonders häufig in öffentlichen Betrieben. Diesem Unfug muß gesteuert werden. Die jüngst bekannt gewordene Auffassung des Reichsarbeitsministeriums über die Frage der Arbeitszeit, daß es nicht angebracht sei, die Bestrebungen zur Verkürzung der Arbeitszeit gegenwärtig weiter zu verfolgen, wird von allen Verbandsvertretern entschieden verurteilt. Das Krümpersystem ist nur unter bestimmten Voraussetzungen durchführbar. Die Schwarzarbeit ist heute weit verbreitet. Sie ist gegenwärtig Gegenstand einer besonderen Untersuchung im Reichswirtschaftsrat. Das Bedürfnis nach einer besonderen Werbearbeit unter den Frauen wird in den verschiedenen Verbänden ebenso verschiedenes sein wie die Möglichkeiten zu einer solchen Tätigkeit. Es wurde aber allgemein anerkannt, daß hier Aufgaben vorliegen, die nicht vernachlässigt werden dürfen.

Die Haltung des Bundesvorstandes in der Reparationsfrage wurde gebilligt. Am Schluß der Debatte stellt Leipart fest, es könne kein Zweifel darüber bestehen, daß die Gewerkschaften die Verordnung vom 5. Juni 1931 nicht als Grundlage für die Durchführung der Arbeitszeitverkürzung anerkennen können. Nur die Beschlüsse des Frankfurter Kongresses können als Grundlage einer solchen Maßnahme dienen. Die Gewerkschaften sind auch nur insoweit Befürworter des Krümpersystems, als bei der Anwendung desselben Rücksicht auf die

Eigenart der Berufszweige und Betriebe genommen wird. Daß jede Verkürzung der Arbeitszeit unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein neues hartes Opfer der Arbeiterschaft darstellt, ist nicht zu leugnen. Aber noch fürchterlicher wäre es für die Arbeiterschaft, wenn aus den 6 Millionen Arbeitslosen 7 oder 8 Millionen werden würden. Sinn hat das Opfer, das die Arbeiterschaft bringen würde, jedoch nur dann, wenn die Einführung der Vierzigstundenwoche in einer Weise erfolgt, die Gewähr bietet für die Einstellung von neuen Arbeitskräften.

Zur Reparationsfrage erklärte Leipart abschließend, es bestehe kein Widerspruch zwischen unserer Forderung nach Verständigung mit Frankreich und der Losung: Schluß mit den Reparationen.

Kollege Ernst Schulze, bisher Sekretär im Bundesbüro, wurde an dieser Stelle von Kube zum Kassierer des Bundes gewählt.

Eiserne Front und Hammerschaften marschieren!

Im ganzen Reich findet der Massenaufmarsch der Eisernen Front statt. Eine Bewegung wurde entfacht, die dem Massenauflauf ihre Berechtigung herzunehmen in der Lage ist, wo es auch sei, in Großstädten, in Industriegebieten, in Kleinstädten, auf dem Lande — von überall kommen sie zu Hauf, um darzutun.

Hitler zum Staatsbürger geschoben

Die braunschweigische Staatsregierung hat nun endlich den Naziführer Adolf Hitler durch Uebertragung einer Regierungsratsstelle zum deutschen Staatsbürger gemacht. Hitler soll bei der braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin die Interessenvertretung der braunschweigischen Wirtschaft übernehmen. Die braunschweigische Gesandtschaft wird am 1. April aufgelöst.

Darans geht schon hervor, daß Hitler dieses Amt nicht lange innehaben wird, und daß die Ernennung nur zum Zwecke der Einbürgerung vorgenommen wurde. Der schärfste Bekämpfer der linksgerichteten Parteibuchbeamtinnen wird nun auch Parteibuchbeamtin. In Deutschland kann Lächerlichkeit nicht mehr töten. Erst wurde die Schiebung zum

Gendarm in Hildburghausen (Rappelsdorf) vorgenommen, nun ist sie in Braunschweig vollzogen. Der Führer der Nationalsozialistischen „Arbeiter“partei ist nun Vertreter der braunschweigischen Unternehmer. Anscheinend will er sich nun auch als Staatsbeamter für die seiner Partei zufließenden Gelder erkennen lassen. Ob Hitler den geleisteten Eid auf die Weimarer Verfassung halten wird?

In Deutschland ist im politischen Leben alles möglich. Das Volk und die Regierung nehmen die Dinge hin, ohne den Schiebungen zu begegnen. Das Ausland urteilt richtig, wenn es diese Begebenheiten für politische Narrenstrolche ansieht.

Hitler, wo kommt Ihr Geld her?

Die „Eiserne Front“ redet mit Adolf Hitler eindringliche Sprache:

„Zum 26. Januar, dem Vortage des ehedem kaiserlichen Geburtstages, waren Sie wieder einmal zu Ihren rheinisch-westfälischen Gönnern und Spendern eingeladen. Sie, der „Arbeiterführer“! Sie durften vor den Bergherren, den Erzherrzögen, den Generaldirektoren, den Chemiekönigen, den Geldfürsten, den Industriesyndikats, den adeligen Latifundiengehaltigen Ihre Ziele vortragen.“

Der „Sozialist“ als Ratgeber für den Hochkapitalismus! Der „Arbeiterführer“, gefeiert von den „Ländchen“ der Arbeiterrechte im Deutschen Reich! Hitler! Wir wollen, nachdem Sie vor den Herren des Kapitalismus „Herr“ haben, ein paar Fragen stellen.

Sie waren Fröulein, wie wir. Vor vierzehn Jahren ragen Sie mit uns im Dreck und „Seib“ angraben. Ein Arbeiter mit Arbeit, ein Prolet mit Proletariern. Das Kaiserreich ist für uns bluten, aber es verwehrt Ihnen das militärische Führertum wie... Handarbeit schändete im kaiserlichen Heere. Sie machte den Mann unwürdig, Offizier zu werden.

Wo sind wir, wo sind Sie heute? Wir sind an den Stempelstellen oder bei kargem Lohn im Betrieb.

Sie haben sich einen Palast gebaut. Sie reisen im eigenen Luxusauto (Wert 43 000 RM). Sie bewohnen in den teuersten Hotels ganze Zimmerfluchten. Sie leben wie ein Fürst. Sie sammeln ein großes Vermögen. Ein Reisetag kostet Sie mehr, als wir in unseren kühnsten Träumen in einem Monat erarbeiten möchten. Wir fragen Sie, Hitler: Wer bezahlt und wer bezahlt Sie?

Nie hat in der deutschen Geschichte ein Parteiführer in Jahrzehnten soviel Geld für sich

gemacht wie Sie in einem Jahre. Sie schaffen Geld, während Ihre Frontkameraden bankrottieren, abgebaut, erwerbslos sind und hungern.

Sie versprechen uns Freiheit und Brot. Wir glauben Ihnen nicht, weil Sie mit denen halten, die allezeit für Rechts- und Lohnraub gewesen sind.

Wären Sie Privatmann, wir würden uns um Ihren Verkehr nicht kümmern. Es protzen und prassen ja so viele Neureiche.

Sie aber haben die Millionen nicht als Börsenobber oder Unternehmer gemacht.

Sie sind als politischer Spekulant reich geworden.

Ihre politischen Geschäfte haben sich gelohnt, haben sich verzinst, tausendfältig. Als Frontsoldaten fragen wir Sie: — Gastfreund der rheinisch-westfälischen Hochkapitalisten:

Hitler, wo kommt Ihr Geld her? Wer bringt die Millionen Reichsmark, Pfund, Dollars, Franken und Lira in Ihre Partekassen? Wer? Legen Sie endlich Rechenschaft ab! Vor Ihren Mitgliedern und vor der Öffentlichkeit! So halten es die Arbeiterorganisationen aller Richtungen, weil sie nichts zu verbergen haben.

Zeigen Sie der Welt Ihre Kassensbücher, wenn Sie sich nicht zu schämen brauchen!

Werden Sie es tun? Werden Sie antworten, Hitler? ... Sie werden sich hüten, Sie Vortragsreisender bei der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie! — Sie werden sich hüten, Sie hochbezahlter Artikellieferant für ausländische Hetzblätter gegen Deutschland! — Sie werden sich hüten, Sie Großverdiener des blutigen Faschismus! — Sie werden sich hüten, uns jemals unter die Augen zu treten, uns, den Kämpfern der Eisernen Front!



Gegen Verschlechterung des Jugend- und Frauenschutzes

Unsere Zentralbranchenleitung Glas übermittelte dem Sozialpolitischen Ausschuss des Reichsrats folgendes Schreiben, in der sie im Einvernehmen mit anderen Gewerkschaften Einspruch gegen den Entwurf einer Verordnung über die Beschäftigung von Arbeiterinnen unter achtzehn Jahren und von Arbeiterinnen in der Glasindustrie erhob:

Der Herr Reichsarbeitsminister hat dem Reichsrat unterm 17. Februar 1932 - Aktenzeichen IIIa 2306/32 - den Entwurf einer Verordnung über die Beschäftigung von Arbeiterinnen unter achtzehn Jahren und von Arbeiterinnen in der Glasindustrie zur Beschlussfassung vorgelegt.

Die wirtschaftlichen Vereinigungen sind auf dem Gebiet der Glasindustrie durch den Entwurf notwendigerweise dem Reichsrat zuzuziehen.

Als Vertreter der Arbeitnehmer in der Glasindustrie erlauben sich die nachstehenden Organisationen:

- 1. der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund,
- 2. Keramischer Bund, Gruppe Glas, Abteilung im Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands,
- 3. Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften,
- 4. Berufsverband deutscher Glasarbeiter, (Sitz aller 4 Organisationen: Berlin)

gegen die im Entwurf vorgesehenen Erweiterungen im § 2 - Ausnahmen von den Beschäftigungsverboten - Ziff. 3 und 4:

- 1. Arbeiterinnen über 13 Jahre dürfen abweichend von dem Verbot des § 1 Abs. 4 mit Teilschleifen und mit Naßschleifen an vollkommen selbsttätigen Maschinen beschäftigt werden;
- 2. Arbeiterinnen über 16 Jahre dürfen abweichend von dem Verbot des § 1 Abs. 5 an Eichmaschinen beschäftigt werden, Einspruch zu erheben.

Begründung.

Die Verordnung über die Beschäftigung von Arbeiterinnen unter 18 Jahren und von Arbeiterinnen in der Glasindustrie mit ihren vorgesehenen Beschäftigungsverboten soll dem Zweck dienen, die jugendlichen Arbeiter und die Arbeiterinnen in der Glasindustrie, vor allen Dingen vom gesundheitlichen Standpunkt aus zu schützen.

Mit der im Entwurf des Herrn Reichsarbeitsministers vorgesehenen Erweiterung der Verordnung wird der bisher in der Glasindustrie bestehende Arbeiterschutz für jugendliche und weibliche Arbeitnehmer wesentlich eingeeignet.

Es ist den Arbeitnehmer-Organisationen bis auf eine Ausnahme nicht bekannt, daß in der Glasindustrie vollkommen selbsttätige Maschinen beim Naßschleifen in Betrieb sind. Die sogenannten „Abschleifapparate“ zum Rauf-, Fein- und Klarschleifen sind, soweit die rotierende Schleifscheibe in Betracht kommt, in ihrer gesundheitsschädlichen Wirkung infolge größerer Dimensionen der rotierenden Scheibe und der höheren Zufuhr von geschlammtem Sand nicht nur den früheren üblichen Scheiben mit Handarbeit gleichzustellen, sondern übertreffen sie. Die Tatsache, daß solche Schleifapparate teilweise halbautomatisch den zu bearbeitenden Glaskörper durch Hebelvorrichtung dem Schleifen zuführen, bringt den hieran Beschäftigten keine besondere Erleichterung.

Das Schleifen der Glaskörper geschieht nach wie vor, wie bereits erwähnt, mit geschlammtem

Sand und Wasser. Durch die gleichzeitige Bearbeitung von 12 bis 24 Glaskörpern an einem Schleifapparat muß selbstverständlich die Sand- und Wasserzufuhr größer sein als sonst in Handarbeit. Demnach sind auch die Gefahren durch die Verbreitung der Menge des Staubes bzw. Staubpartikelchen, die die Atemluft verunreinigen, größer.

Kapazitäten der Gewerbehygiene haben in der Öffentlichkeit bereits des öfteren den Standpunkt vertreten, daß Naßschleifen ebenso gefährlich für die Gesundheit der Arbeiter wirken kann wie der Trockenschleif. Auch wir neigen auf Grund unserer gesammelten Erfahrungen in den Betrieben der Glasindustrie dieser Auffassung zu. Bei der Beschäftigung an Schleifapparaten, wie in § 2 Ziff. 3 des Entwurfs des Herrn Reichsarbeitsministers vorgesehen, ist die jugendliche Arbeiterin mit ihren teilweise noch unentwickelten inneren Organen doppelt der Gefahr ausgesetzt, fortwährend Luft zu inhalieren, die durch den verwandten geschlammten Sand stark kieselsäure-geschwängert ist. Die schädliche Wirkung kieselsäure-geschwängelter Luft für die Bronchien und Lungen ist heute in der medizinischen Wissenschaft unbestritten.

Wir stellen demnach fest, daß eine wesentliche Staubgefahrdung beim Schleifprozeß auch beim Naßschleif vorliegt.

Bei den Schleifapparaten ist aber auch wie bei der ehemaligen Handarbeit die ungünstige Körperhaltung, das ständige Stehen und die Gefahr des Verletzungsrisikos vorhanden.

Bei der nach § 2 Ziff. 4 vorgesehenen Beschäftigung von Arbeiterinnen über 16 Jahre an Eichmaschinen treten nach unserer Auffassung die gleichen Gesundheitsschäden ein wie an Sandstrahlgebläsen.

Eine jugendliche Arbeiterin hat mehrere kleine Lichttrommeln zu bedienen. Deshalb

wirkt der abziehende Staub insgesamt fast gleichartig schädlich wie an großen Sandstrahlgebläsen.

Wir müssen gegen die vorgesehene Erweiterung im Entwurf des Herrn Reichsarbeitsministers aber auch vom arbeitsmarktpolitischen Standpunkt starke Bedenken geltend machen, die wohl nicht näher erläutert zu werden brauchen.

In Verfolg vorstehender Begründung stellen wir hiermit an den Reichsrat den

Antrag:

die vorgesehene Erweiterung im § 2 Ziff. 3 und 4 abzulehnen.

Vorstehende Eingabe haben wir zur gefl. Kenntnisnahme dem Reichsarbeitsministerium sowie den Länderregierungen mit maßgeblicher Glasindustrie:

Preußen, Bayern, Sachsen und Thüringen zugestellt mit dem Ersuchen, sich gleichfalls zu unserem Antrag an den Reichsrat gegenüber zu äußern.

Zur Untersuchung über die von uns gemachten Angaben dürfte es sich empfehlen, wenn einige der Herren Sachbearbeiter im Beisein der wirtschaftlichen Organisationen einige Betriebe der Glasindustrie vor dem endgültigen Bescheid des Reichsrats besichtigen würden.

In der vorstehenden Angelegenheit ist der Keramischer Bund als federführende Organisation beauftragt worden, für die auf Blatt 1 dieser Eingabe genannten Arbeitnehmer-Organisationen zu zeichnen.

Keramischer Bund, Charlottenburg 1, Brahestraße 2-5.

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Grobkeramik- und Baustoff-Industrie, Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands.

M. Krebs.

Irreführung der Christbaumschmuckmacher

In den Kreisen der Christbaumschmuckmacher werden Gerüchte verbreitet, daß der Niedergang dieses Industriezweiges auf das Verbot der Weihnachtsfeiern in Berliner Krankenhäusern und auf das Nicht-mehr-an-Gott-glauben zurückzuführen sei. Vor allem verbreiten kirchlich gesinnte Kreise diesen Unsinn. Man sollte es nicht für möglich halten, daß derartige Blödsinn verzapft werden kann. Aber es ist nichts zu dummes, es findet doch sein Publikum.

Die Ursache des Rückganges der Aufträge für die Christbaumschmuckindustrie liegt ganz woanders. Vor allem ist der Rückgang in der Geschmacksänderung vieler Leute besonders aus besitzenden Kreisen begründet. In einer modern ausgestatteten Wohnung, in der alles nach süßerechter Söchlichkeit eingerichtet ist, können die Menschen Christbaumschmuck an den Weihnachtsbäumen einfach nicht mehr ertragen. Dann muß man aber auch beachten, daß in vielen Städten der Welt das Weihnachtsfest nicht mehr in früherer Sinne daheim in der Wohnung, sondern in den Bauden, Hütten, Hotels und Fremdenheimen der Gebirge beim Betreiben des Wintersports gefeiert wird. Diese Wintersportler, die nach Hunderttausenden zählen, geben kein Geld mehr für Baumschmuck aus. Den größten Anfall führte jedoch die katastrophale Arbeitslosigkeit von über 20 Millionen Menschen in der ganzen Welt in den letzten beiden Jahren herbei. Auch Amerika, der Hauptabnehmer für Christbaumschmuck, nahm nicht

mehr die Hälfte der früheren Menge von Deutschland. Dort wirkt sich auch die Arbeitslosigkeit aus. Die Amerikaner haben auch Sparen gelernt, sie bewahren jetzt den Christbaumschmuck auf wie die Deutschen. Früher warfen sie ihn nach Weihnachten in die Mülleimer.

Darin liegen die eigentlichen Ursachen des Rückganges. Das sollten die Christbaumschmuckmacher wissen und sich nicht von gewissenlosen Parteihetzern Bären aufbinden lassen. Lügen können den Christbaumschmuckmachern keine Hilfe bringen und geankenloses Geschwätz erst recht nicht.

Die einzigste Hilfe für sie besteht in einer gerechten Arbeitsverteilung, in einer geregelten Arbeitszeit und in der gewerkschaftlichen Solidarität. Das sollten die schwer heimge-suchten Christbaumschmuckmacher endlich begreifen lernen.

Bunzlau

Bei der Firma Carlswerk, Bunzlau, bestehen ernste Differenzen durch Entlassung der Betriebsräte. Die Firma versucht immer-mehr, die gelbe Organisation in ihrem Betrieb aufzuziehen.

Es wird hiermit gewarnt, Arbeit beim Carlswerk in Bunzlau anzunehmen. Organisierte Arbeiter haben die Folgen bei etwaiger Arbeitsannahme selbst zu tragen. Im übrigen sind am Ort noch eine größere Anzahl Facharbeiter arbeitslos. Diese Warnung ist zu beachten!

Der SDG. schon wieder auf dem Kriegspfad!

Der Schutzverband Deutscher Glasfabriken hat uns mit der vorgesehenen zweimonatigen Kündigungsfrist zum 30. April d. Js. den Reichsmanteltarifvertrag aufgekündigt. Wir haben dem Schutzverband mitgeteilt, daß er mit der Kündigung unseren Wünschen entgegengekommen ist, und daß wir die vorgeschlagenen Abänderungsanträge für Neuregelung des Manteltarifvertrages aufrechterhalten.

Nach unserer Auffassung hätte der Schutzverband vom wirtschaftlichen und tarifpolitischen Standpunkt aus die Kündigung unterlassen müssen, damit er die jetzige Zeit dazu benutzen kann, um einmal in seinen eigenen Reihen Einigkeit für die einzelnen Wirtschaftszweige zu erzielen, damit die äußerst prekäre Lage der Weißhohlglasindustrie endlich behoben wird. Wir haben schon wiederholt hervorgehoben, daß der S. D. G. nur einig handelt, wenn es gilt, der Arbeiterschaft weitere unerträgliche Belastungen aufzuerlegen. Aus der vorhandenen Wirtschaftskatastrophe haben die Arbeitgeber immer noch nichts gelernt. Sie glauben, den Rettungsanker nur in Verschlechterung der Tarifbedingungen zu finden und lassen dabei vollkommen außer Acht, daß die Krise sich immer mehr verschärft.

Wir warnen den S. D. G., den Bogen zu überspannen, denn sonst müßte die Arbeiterschaft zu Maßnahmen greifen, die der Industrie nicht angenehm sein können. Das Maß ist übergeläuft!

Lohr a. M.

Trotzdem die Löhne für die bayerische Flakonglasindustrie nach den Vorschriften der 4. Notverordnung am 29. Dezember 1931 geregelt worden sind, und die Akkord-Glas-macher für einige Sorten noch besondere Zugeständnisse gemacht haben, versucht die Firma Spessarter Hohlglaswerke G. m. b. H. in Lohr, weitere Verschlechterungen durchzuführen. Um den Widerstand der Belegschaft zu brechen, versuchte man, durch Aufkündigung der Einzelarbeitsverträge unter Umgehung tariflicher und gesetzlicher Bestimmungen (Stillogungsverordnung) zum Ziel zu gelangen. Dem energischen Eingreifen der Organisation war es zu verdanken, daß die Firma bisher ihre Anträge nicht durchsetzen konnte. Sie läßt verlautbaren, daß sie die Absicht habe, fremde Glasarbeiter nach Lohr zuzuziehen.

Wir warnen hiermit vor Zuzug nach Lohr!

Vereinigte Staaten

Die Gesamtproduktion von Spiegelglas in den Vereinigten Staaten erfuhr im Jahre 1931 laut Mitteilung des Verbandes amerikanischer Spiegelglasfabrikanten, einen nahezu zwanzigprozentigen Rückgang. Einer Produktion von 105 824 074 Quadratfuß im Jahre 1930 folgten 86 913 988 Quadratfuß im Jahre 1931.



Die Polnische Porzellanindustrie

Wie alle anderen Staaten, treibt auch Polen den Arbeiterschutz. Das gefällt den polnischen Porzellanindustriellen, soweit die Einfuhr fertiger Waren in Betracht kommt. Nicht so einverstanden sind sie mit den Zollbelastungen auf Rohmaterialien. Zwar sollen Rohmaterialien für die keramische Industrie auch in Polen zu finden sein, es fehlt aber zur Zeit noch an der finanziellen Möglichkeit, diese Vor-sommen auszubeuten. Darum verwahrt sich die Porzellanindustrie energisch gegen die Belastung der keramischen Rohstoffe mit Finanz- und Schutzzöllen. In dem Verbot der Einfuhr von Abziehbildern (Bunddruck) erblickt die Porzellanindustrie geradezu eine Bedrohung ihrer Existenz.

Die polnische Porzellanindustrie besteht aus der größeren und einer Anzahl kleineren Fabriken. Die bedeutendsten Betriebe sind: Fabrik für Porzellan und keramische Erzeugnisse in Cmielow, der größten Fabrik in Polen, in der 1000 Arbeiter beschäftigt werden können. Dort steht auch ein Tunnelofen. Eine Fabrik in Chodziesz, in der Provinz Posen, die 500 Arbeiter beschäftigt kann. Die Fabrik Giesche AG. in Bogatschütz bei Katowitz kann 700 Personen Beschäftigungsmöglichkeiten bieten. Zwei kleine Fabriken in Czenstochowa, „Karoline“ und „Jupiter“, und die Fabrik von Czuday in Bismarekühle, letztere erst 1928 gegründet. Nach den amtlichen Bekanntmachungen betrug die Jahresproduktion nach der Währungsstabilisierung 15 860 Doppelzentner Hausporzellan und 3600 Doppelzentner elektro-

technisches Porzellan. Die Produktion ist von 1925 bis 1927 rasch angestiegen, Hausporzellan von 15 860 Doppelzentner auf 26 500 Doppelzentner, elektrisches Porzellan von 3600 Doppelzentner auf 7000 Doppelzentner. Nach der „Keramischen Rundschau“ ist 1929 34 570 Doppelzentner Geschirrporzellan im Werte von 7,9 Millionen Zloty und 10 410 Doppelzentner Elektroporzellan im Werte von 2,3 Millionen Zloty erzeugt worden. Von den drei Großfabriken sind infolge der Krise zwei zum Erliegen gekommen.

Der Inlandsabsatz hat sich von 1926 bis 1931 sehr uneinheitlich entwickelt. Der Absatz von Elektroporzellan sank von 4770 Doppelzentner, im Werte von 1,1 Millionen Zloty, auf 2810 Doppelzentner, im Werte von 0,6 Millionen Zloty. Vom Haushaltsporzellan kann für die Jahre 1926 bis 1930 berichtet werden, daß hier eine Aufwärtsentwicklung des Absatzes im Inland festzustellen ist, von 6000 Doppelzentner, im Werte von 1,1 Millionen Zloty, auf 12 000 Doppelzentner, im Werte von 2,7 Millionen Zloty. Von 1929 bis 1931 verminderte sich der Absatz wieder auf rund 9000 Doppelzentner, im Werte von 1,9 Millionen Zloty.

Die Einfuhr von Porzellanprodukten geht rasch zurück, doch werden immer noch 50 Prozent des heimischen Verkaufs durch den Import gedeckt. Die im Verhältnis zur Eigenproduktion hohe Einfuhr für den heimischen Verbrauch wird damit begründet, daß die hohe Frachtrate für Rohstoffe, Kaolin, Feldspat, Quarz, Farben usw. Preise für das fertige Pro-

dukt erfordere, die eine Konkurrenzmöglichkeit mit der vom Ausland eingeführten Fertigware schwer mache. Die Einfuhr stammt in erster Linie aus der Tschechoslowakei, ihr folgt Deutschland.

Ueber Mangel an Facharbeitern wird sehr geklagt. Ferner auch über die Gewohnheit des Käufers, der ausländischen Ware den Vorzug zu geben.

Das deutsch-französisch-tschechoslowakische Porzellanabkommen gibt den interessierten Kreisen Polens Gelegenheit, dazu Stellung zu nehmen.

Nazis und RGO. in Torgau

In dem Betrieb der Steingutfabrik Villoroy & Boch in Torgau beginnen die Gegner der gewerkschaftlichen Organisation wieder einmal lebendig zu werden. Kein Wunder, denn es stehen politische Wahlen vor der Tür, da muß in den Betrieben politisch Vorarbeit geleistet werden.

Während der Betriebsratsvorsitzende jede Woche eine „Belegschaftsversammlung“ vom Stapel läßt, wo eine herbeigeilte Kanone aus Halle den roten Reitergeneral Thömann als Präsidenschaftskandidaten vorführt, bemühen sich die Nazis in aller Stille eine nationalsozialistische Betriebszelle aufzubauen. Beiden Gruppen ist eins gemeinsam, sie leben vom Haß und der Verleumdung der freien Gewerkschaften.

Wir gestatten uns die Frage? Besteht die Aufgabe des Betriebsratsvorsitzenden darin,

Man befürchtet von dem durch dieses Abkommen eintretenden Zusammengehen der wichtigsten europäischen Produzenten schärfere Konkurrenz in Polen. Die Porzellanindustriellen Polens fordern daher Erhöhung der Zölle auf Porzellanprodukte aller Art und Beseitigung der auf den wichtigsten Rohstoffen liegenden Zölle. Sie meinen, die polnische Porzellanindustrie verdiene die Hilfe des Staates, weil sie bei der geplanten Elektrifizierung und bei ihrer Einstellung auf den Geschmack der einheimischen Käuferschichten gute Möglichkeiten der Aufwärtsentwicklung habe.

fälschlicherweise den Namen des Betriebsrats zu mißbrauchen, um zu politischen Versammlungen aufzurufen und dort mit phantastischen Annemärchen über einen bevorstehenden Lohnabbau die Belegschaft aufzuputtschen und zu beunruhigen oder gibt es noch Aufgaben im Betriebe, für deren Erledigung der Betriebsrat auf Grund des Betriebsratgesetzes verpflichtet ist? Wenn die Pleite der RGO. schon so weit vorgeschritten ist, daß sie mit ihrem Firmenschild selbst die eigenen Arbeiter nicht mehr begeistern kann, dann verwahren wir uns aber dagegen, den Namen des Betriebsrats für ihr unerfruchtliches Spiel zu mißbrauchen.

Nun zu den Nazis, die jetzt ihre Propaganda auf den Betrieb konzentrieren. Wir stellen uns vor, daß ein Betriebsleiter, der dieser sogenannten „Arbeiterpartei“ angehört, es soll

solon eine ganze Reihe solcher Arbeitgebervertreter geben, allorhand tun kann, um eine Betriebszelle dieser Schutztruppe des Kapitals zu züchten. Wir hoffen nicht, daß es für die Steingutfabrik zutrifft, auffallend ist es aber, daß die Agitatoren der Nazis mit ihren Aufnahmescheinen im Betrieb herumlaufen können, allerdings ohne viel Erfolg, denn denkende Arbeiter wollen mit dieser Sorte Arbeiter nichts zu tun haben. Weiterhin ist es sehr interessant einmal festzustellen, wieviel unter den neuangestellten Arbeitern, vor allem unter den vorübergehend eingestellten, Jünger des Dritten Reiches sind.

Alle diese Vorkommnisse in der letzten Zeit verpflichten unsere Mitglieder im Betrieb zur größten Wachsamkeit. Setzt den politischen Phrasen dieser Radikaliskis gewerkschaftliche Erkenntnis entgegen, gerade jetzt heißt es, die Werbetätigkeit für den Verband zu verdoppeln. E. Eich.

Selb

Die RGO. in Selb nützt die Not der Arbeiterschaft zu politischen Zwecken aus. Da allmählich niemand mehr auf ihre leeren Versprechungen, Streikaufrufe und Bildung von Kampfausschüssen hereinfällt, so versuchen sie es mit anderen Mitteln. Vor ungefähr vier Wochen ließen sie durch einen Ingenieur Neumann, früher Führer bei den Nazis, zu einer Erwerbslosendemonstration einladen. Am nächsten Tag fanden sich tatsächlich eine Anzahl Neugieriger und Verzweifelter auf dem Marktplatz ein. Die Führer waren, wie immer, im Hintergrund, sogar beim Kaffeetrinken zu Hause. Als aber die Polizei in ruhiger Form die Aufgewiegelten zum Auseinandergehen veranlaßte, mußten die RGO-Strategen aus ihren Schlupfwinkeln hervor. Einige wurden nun beim rechtskundigen Bürgermeister ohne jeden Auftrag vorstellig und stellten an diesen Forderungen, die im Reichstag angebracht wären. Der Bürgermeister war nicht in der Lage, die Notverordnungen des Herrn Reichspräsidenten anzuhören, mußte also die gestellten Forderungen wegen Unzuständigkeit ablehnen; so

daß die Demonstration ausging wie das Hornberger Schießen. Kürzlich standen die RGO-Männer vor dem Schnellrichter. Sonst nehmen sie den Mund recht voll, besonders wenn es gegen die Gewerkschaften und die SPD. geht, aber bei der Verhandlung zeigten sie wenig Führereigenschaften. Sie brachten die dümmsten und einfältigsten Entschuldigungen vor, so z. B., daß nur die Sozialdemokraten schuld seien, daß sie vor Gericht ständen. Alle wußten nichts mehr von der Demonstration, sie sind also nur zufällig hingekommen. Der Ingenieur Neumann sagte sogar, seine Frau habe ihn nicht hingelassen.

Die Angeklagten erhielten Strafen von vier bis zwölf Monate. Wenn auch das ganze Bestreben dieser Leute nur darin besteht, die Gewerkschaften zu zerschlagen und die SPD. zu bekämpfen, wie das der RGO-Leiter Freina macht, so muß doch gesagt werden, daß dieses Urteil ein Klassenurteil ist, denn gegen Nazis werden solche Strafen nicht verhängt.

Die Arbeiterschaft kann daraus erkennen, daß mit solchen Mitteln nichts erreicht wird, dadurch wird nur die Lage noch verschlechtert; außerdem ist zu erkennen, was auf dem Spiele steht, wenn die Nazis zur Macht gelangen würden.

Die Firma Heinrich & Co., Porzellaufabriken in Selb, hat ihren Betrieb Gräf & Krippner stillgelegt. Eine alte gut eingeführte Firma kam dadurch zum Erliegen. Die Aufträge sollen im Hauptwerk mit erledigt werden.

Durch die erfolgte Stilllegung ist Michael Heinrich aus der Gesellschaft ausgeschieden worden. Wenn Michael Heinrich auch manchmal recht boshaft gegen die Arbeiterschaft war, so muß aber andererseits anerkannt werden, daß er auch das Gute an sich hatte, nicht nachträglich zu sein. Mancher radikale Kommunist und RGO-Mann wurde bei ihm wieder eingestellt; besonders vorzug hatten die Nazi in seinem Betrieb. Nun sind auch diese Leute samt ihrem Chef dem

kapitalistischen System zum Opfer gefallen nur mit dem Unterschied, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen stempeln gehen müssen, während Heinrich versorgt ist.

Die Verhältnisse in Selb nehmen immer crustere Formen an. Wie man hört, beabsichtigt die Firma Rosenthal ihre elektrische Abteilung in Selb stillzulegen. Wir nehmen an, daß dies nicht in die Tat umgesetzt wird; denn dadurch würden wieder 342 fleißige geschickte Facharbeiter und Arbeiterinnen arbeitslos und Not und Elend würde abermals vergrößert. Die Stadt Selb muß an Wohlfahrtsunterstützung pro Woche den Betrag von über 6000 RM aufbringen. Es wäre nur zu hoffen, daß sich alle Kreise ernstlich der Arbeitsbeschaffung annehmen würden.

Frankreich

Auch in Frankreich hat die Porzellan- und Fayenceindustrie neuerdings starke Arbeitslosigkeit anzufeuern. Von unserer französischen Bruderorganisation erhalten wir die Nachricht, daß für das wichtigste Porzellanzentrum Frankreichs, für Limoges, der Jahresdurchschnitt für Kurzarbeit auf 60 Proz. geschätzt wird. Die Zahl der Vollarbeitslosen beträgt 15 Proz. Tatsächlich sind von 33 Betrieben in Limoges nur 6 normal beschäftigt, darunter die von Logrand & Co., die anlässlich des internationalen Kongresses der Föderation der Koramarbeiter im September vergangenen Jahres von den Delegierten besucht worden ist. Eine Prüfung des Beschäftigungsgrades in den verschiedenen Bezirken der Fayenceindustrie ergibt eine Kurzarbeit von 35 Proz. und eine Vollarbeitslosigkeit von 5 bis 10 Proz. Genau so liegen die Verhältnisse in der Grobkeramik, in der Töpferei und in der Herstellung von Wandplatten. In Limoges wirkt sich die Arbeitslosigkeit auf das schwerste aus. Es gibt Betriebe, in denen wöchentlich höchstens 18 bis 20 Stunden gearbeitet wird. Im Betrieb Theodore Haviland wurden im Jahre 1929 wöchentlich 4 Oefen gebrannt, d. h. 16 Oefen monatlich, während im zweiten Halbjahr 1931 nur noch 2 Oefen monatlich gebrannt wurden. Der Rück-

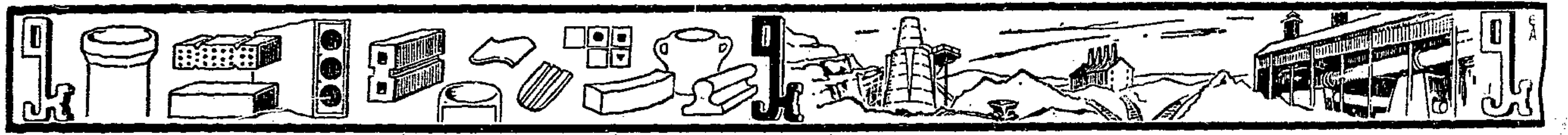
gang der Beschäftigung wird zum Teil auf die amerikanische Krise zurückgeführt, zum anderen Teil auf die starke japanische Konkurrenz, die sich in Amerika und Japan geltend macht.

Großbritannien

Die British Pottery Manufacturers Federation und unsere Potteryorganisation, die National Society of Pottery Workers, haben sich dahin geeinigt, daß in der keramischen Industrie die zur Zeit maßgebenden Lohnsätze für weitere zwölf Monate, beginnend mit dem 25. März dieses Jahres, Geltung haben sollen. Damit ist den englischen Porzellan-, Steingut- und Steinzeugarbeitern ihr bisheriger Lohn um ein weiteres Jahr garantiert. Die englische Kollegenschaft hatte in der Krisenzeit nur einmal einen teilweisen Lohnabzug hinzunehmen, die Arbeiterinnen von 18 bis 21 Jahre um Lohnsätzen von 19 bis 25 Schilling und Zehnlöhner blieben verschont. Den deutschen Porzellanarbeitern dagegen wurde in der gleichen Zeit der viel niedrigere Reallohn viermal abgebaut. Die englischen Fabrikanten wissen sicher, was die Kaufkraft bedeutet. Jedenfalls steht die englische Kollegenschaft nicht so unter Lohndruck als die deutsche.

Meßabzeichenpreise

Das Meßabzeichen für die Leipziger Frühjahrsmesse 1932, die am 6. März beginnt (Schluß der Textilmesse 9., der Sportartikelmesse und der Möbelmesse 10., der übrigen Zweige der Mustermesse 12. und der Grobkeramischen Messe und Baumesse 13. März), kostet im Vorverkauf bis zum Tage der Messebeginn 5 RM. Werden Abzeichen in Ausweiskarte der Herbstmesse 1931 mit übereinstimmender Kontrollnummer zurückgegeben, so ermäßigt sich der Preis auf 3 RM. Dieser Vorzugspreis gilt nur bis einschließlich 5. März, ein Umtausch zur Messe in Leipzig ist ausgeschlossen. Nach Messebeginn kostet ein Meßabzeichen 6 RM, ab 9. März 5 RM. Für Messebesucher, die sich nur einen Tag aufhalten, werden in Leipzig Tageskarten zu vorbilligtem Preis ausgeben.



Durch Staublunge der ganze Betrieb verseucht

Die Firma Großpeter & Lindemann, Komm.-Ges., Köln, Friesenplatz, ist neben der Steinzeugröhrenfabrik in Groß-Königsdorf noch Besitzerin der Quarzsandwerke in Frechen-Benzelrath.

Das Quarzmahlwerk in Frechen steht im Augenblick im Brennpunkt der Diskussionen. Nicht allein die arbeitende Bevölkerung von Frechen und Umgebung, sondern auch die Ärzte haben der Arbeitsmethode in diesem Betriebe ihre ganze Aufmerksamkeit gewidmet. Bei einer Beschäftigung von rund 20 Arbeitern sind in verhältnismäßig kurzer Zeit drei Arbeiter an Staublungerkrankung gestorben. Aus der benachbarten Sandgrube wird der Quarzsand gewonnen, der in der Mühle für industrielle Zwecke zu Staub verarbeitet wird. Die Arbeiterschaft war jahrelang einer starken Staubeentwicklung ausgesetzt, und hat sich dabei den Keim dieser furchtbaren Lungenkrankheit geholt.

Der Fabrikarbeiterverband hat bei jeder sich bietenden Gelegenheit die Firma auf die gesundheitschädigende Arbeit hingewiesen und die Anlage einer Entstaubungsvorrichtung gefordert. Durch den verschärften Druck der Gewerbeaufsicht und des Landesgewerbebezuges war die Firma gezwungen, eine Entstaubungsanlage einzubauen. Bis zur Errichtung dieser Anlage wurden Staubzulagen bis zur Höhe von 15 RM pro Woche bezahlt, die später in Wegfall gekommen sind. Alle Bemühungen, ein Teil der Zulage den Arbeitern zu gewähren, scheiterte an der unverständlichen Haltung der Firma. Nur Profit ist Trumpf! Die Arbeiter, die nichts haben als ihre Arbeitskraft, haben aber das besondere Interesse, ihre Gesundheit zu schützen und ihr einziges Gut bis zum Äußersten zu verteidigen. Wer versucht die Gesundheit der Arbeiter zu untergraben, der untergräbt ihre Existenz und der muß sich gefaßt machen, auch dafür zur Verantwortung gezogen zu werden.

Am 16. Februar wurde der Arbeiter Willi Schneider aus Buschbell beerdigt. Er war seit seiner Schulentlassung sieben Jahre im Mahlwerk beschäftigt und starb im Alter von 21 Jahren an Staublungerkrankung. Auf Grund dessen wurde durch das Institut des Herrn Dr. Wirtz in Köln, von allen Arbeitern des Betriebes Röntgenaufnahmen hergestellt, die als Unterlagen für weitere Untersuchungen dienen und hoffentlich den Arbeitern die Handhabe geben, damit die auf Grund der Verordnung vom 11. Februar 1929 über die Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten, Unfallrente beantragen können.

Die Firma versucht bei jeder Gelegenheit, ihre neue Entstaubungsanlage in den Vordergrund zu schieben. Eigentümlich ist aber, daß vor jeder Besichtigung durch Schulen und anderen Korporationen eine gründliche Reinigung vorgenommen wird. Am 15. Februar hat die Arbeiterschaft aus Anlaß des letzten Sterbefalles zwei Tage den Betrieb gesäubert, damit die Firma auf alle Fälle gedeckt ist. Durch dieses Täuschungsmanöver werden die Arbeiter in ihren Interessen erheblich benachteiligt. Auch läßt die Behandlung der Arbeiter in diesem Lungen-„eldorado“ durch Direktor Dietrich viel zu wünschen übrig. Eine gesetzliche Betriebsvertretung besteht für diesen Herrn überhaupt nicht. Der Fabrikarbeiterverband wird in engster Verbindung mit der Gewerbeaufsicht diesen Betrieb streng überwachen und alles daransetzen, die Arbeitsverhältnisse in lohn- und sozialpolitischer Hinsicht zu verbessern suchen.

Neben weitgehendster Sozialhygiene muß Lohnerhöhung und nicht Lohnabbau für diesen Betrieb die Parole sein. Arbeiter wehrt euch!

Hinein in den Fabrikarbeiterverband! Hertwig.

Vorbildern nachahmen wollen, ist begreiflich, gilt es doch, sich den bekannten „roten Krügen“ zu verdienen. Daß es auch hier Ausnahmen gibt, wollen wir gern zugeben; zu diesen ist aber bestimmt nicht derjenige zu rechnen, dem ein Arbeiter des „Stellawerks“ seine Belibtheit bei den Arbeitern handschriftlich dokumentierte. Der rote Krügen des Fabrikherrn dazu, und das schönste „Fastelovendsgeseech“ war fertig. Wie sich so was manchmal mit der richtigen Zeit trifft. Wenn wir auch nicht für solche Art der Selbsthilfe sind, so ist eine Explosion wohl verständlich, wenn sie in Parallele steht mit jahrelanger Unterdrückung und Ausbeutung. Für Nichtstuer, die 340 RM Monatsgehalt acht Jahre lang umsonst bezogen, ist Geld da, nicht aber für ausreichende und gerechte Entlohnung der Arbeiter.

Wir betonen, wir sind für andere Methoden der Selbsthilfe, und zwar für die der Vereinigung der gesamten Arbeiterschaft in der gewerkschaftlichen Front. Wenn auch die Morgenluft des fabelhaften „Dritten Reiches“ die Herren Kapitalisten unwilltürlich, eine geschlossene Front der Arbeiterklasse hat schon manchen reaktionären Plan vereiteln können. Euch Arbeitern rufen wir zu: Stärkt die Gewerkschaft, haltet ihr die Treue auch in der Wirtschaftskrise, denn Geschlossenheit führt zum Erfolg.

Neubeckum

Auf dem Portland-Zementwerk „Elsa“ wird bekanntlich der „gelbe Werkverein“ hochgeschätzt. Daß auch in diesem Lager interessante Blüten zum Vorschein kommen, beweist folgende Episode:

Kürzlich fand in der Kantine des Werkes ein gemütliches Beisammensein statt. Ein Kollege, der sich scheinbar schon in etwas gehobener Stimmung befand, erhielt den Auftrag, zu dem sehr verehrten Herrn Direktor Mundhenke zu gehen und demselben ein Ständchen zu bringen mit dem Ruf: „Heil Hitler“. Vielleicht war die Arbeit, vielleicht der Kopf zu schwer geworden. Jedenfalls als er die Treppe des Hauses des Herrn Mundhenke hinaufsteigen wollte, fing er an zu stolpern und statt laut und deutlich „Heil Hitler“ zu rufen, brüllte er mit Tenorstimme „Heil Moskau“. Einige Tage nachher fragte der sehr verehrte Herr Direktor in der Arbeitspause, ob vielleicht jemand da wäre, der nach Moskau fahren wollte. Die Antwort, aus Angst vor Arbeitsentlassung, blieb natürlich aus.

Armer, armer Werkverein, wie ist es um dich bestellt, wenn deine angeblichen Mitglieder ihr wahres Gesicht zeigen. Ein Glück, daß auch die gezwungenen Mitglieder des Werkvereins von „Elsa“ wissen, daß ihre Interessen nur im Fabrikarbeiterverband, Abteilung Keramischer Bund, vertreten werden. Die Enttäuschung für „Elsa“ kommt ja immer dann, wenn die Kollegen entlassen werden. Man kann feststellen, wo die „gelben Werkvereinsmitglieder“ ihre Interessen suchen und finden.

Wie man mit einem 10-Pfund-Hammer, der benutzt wurde als Symbol des vaterländischen Arbeitervereins im gelben Werkverein, das Haus reinhalten will, darüber werden wir gelegentlich berichten. O. S.

Lübeck/Dänischburg

In einer Sitzung der Vertrauensleute wurde die Forderung besprochen, die sich der Keramische Bund im Zeitungswesen zugelegt hat. Besonders betont wurde das Eintreten für die

Erwerbslosen aus der Grobkeramik. Kein Kollege verkennt die ungeheuren Schwierigkeiten, die sich aus dem Stillliegen des Baumarktes ergeben. Die Knappheit des Geldes hat dazu geführt, daß heute nicht mehr wie früher bei den Händlern große Lagerbestände auf Stapel stehen. Die Firma Villeroy & Boch in Dänischburg hat ein sehr großes Lager an fertigen Wandplatten. Das alles konnte nicht verhindern, daß heute nur noch etwa 150 Leute gegen 800 im Jahre 1929 arbeiten. Nach dem Bericht des Zahlstellenleiters an die Generalversammlung liegen völlig still die Ziegeleien in Eutin, Buntekuh, Rottebek, Stockelsdorf, Nieder-Büssau, Oldeslooc, Segeberg, Burg a. B., Sirkstraße, Behlendorf, Hammer, Pansdorf und Travemünde. Es arbeiten nicht die Kieswerke in Güster und Siebeneichen, desgleichen liegen still die Betriebe der Kalksandsteinindustrie. In die Lübecker Porzellanfabrik noch einmal ein Gang kommt, ist auch sehr fraglich geworden. Die Zementfabrik im Hochofenwerk arbeitet sehr stark gedrosselt. Die Firma Evers & Sohn in S. i. m. s. die am 2. Januar stillgelegt, hat jetzt wieder 12 Mann im Betriebe, ob in der nächsten Zeit weitere Einstellungen erfolgen, ist noch unbestimmt. Alles in allem ein Bild des Jammers, daher muß unter allen Umständen der Baumarkt belebt werden; wenn das dem Keramischen Bund im Verein mit dem Hauptverband des ADGB gelingt, dann bleiben die Mitglieder der Gruppe Grobkeramik nicht nur erhalten, es werden dann auch wieder hunderte neue mit Beginn des Arbeitsverhältnisses in den Verband eintreten. Die Belegschaft von Villeroy & Boch hat das Vertrauen zum Verband nicht verloren, wir wissen es zu genau, daß es ohne Verband noch trauriger kommen würde. Demen die heute schwanken, rufen wir zu: Haltet aus es kommt auch wieder einmal eine andere Zeit, dann holen wir alles zurück, was uns jetzt verloren ging. Is egrimm.

UdSSR

Im Rayon Kobulety (Adscharistan) beim Dorfe Ochmesure beabsichtigt die adscharistaner Regierung nach russischen Pressemeldungen ein Töpfer-Kombinat zu bauen, das das größte in Transkaukasien werden soll. Zum Bestande des Kombinats werden gehören eine Ziegelei nebst einer keramischen Werkstatt (Leistung 5 Mill. Ziegel), eine Fabrik für keramische Röhren und feuerfeste Werkzeuge (Leistung 650 000 m keramische Kanalisationsrohre, 5 500 000 feuerfeste Ziegel und 3000 ebne Schamottesteine) und eine Fabrik für Fayenceartikel. Der Rohstoff wird von dem Tonerde-vorkommen Zoschlauri mittels einer Seilbahn zum Kombinat befördert werden.

Großbritannien

Die Ausfuhr und Einfuhr von Zement war in den letzten drei Jahren (in 1000 t):

	1929	1930	1931
Ausfuhr	1092	1040	661
Einfuhr	377	225	140

Beide Ausfuhr und Einfuhr, zeigen daher einen Rückgang, der auf die allgemeine Krise zurückzuführen ist. Im laufenden Jahre wird die Einfuhr völlig zusammenschrumpfen, teils infolge der Entwertung der britischen Valuta, teils infolge des Schutzzolls von 10 Prozent, den die britische Zementindustrie durch den neuen Tarif erhalten soll.

Hungerlöhne, Schufferei in der Industrie

Die augenblickliche Wirtschaftskrise mit ihren nie gekannten Auswirkungen bringt es mit sich, daß diejenigen, die noch das „Glück“ haben, in Beschäftigung zu stehen, oft unerhörten Schikanen ausgesetzt sind. Zu Mustierbetrieben dieser Art kann man auch die bei Oberdöhlendorf stehenden Fabriken feuerfester Produkte, „Stellawerk“ und „Rheinischer Vulkan“, rechnen. Lagen die Löhne der feuerfesten Industrie hier schon immer „unter den Tarifen anderer Lohngruppen, so ist die momentane Entlohnung als bismarckianisch, als menschenunwürdig zu bezeichnen. Das Wort wird wahr, das von einem Sozialisten im Reichstag geprägt wurde, daß man von Hungerlöhnen sprechen müsse, wenn die Sätze der Erwerbslosenfürsorge nicht erreicht würden. Oder ist das Wort Hungerlöhne vielleicht zu schwach, wenn hochqualifizierte Ofenarbeiter mit 46 Pf. Stundenlohn, wörtlich sechsundvierzig Pfennig, für sogenanntes Sechstageressen bezahlen? Wer ist unter vernünftigen Menschen hier nicht auch

der Meinung, daß bei solchen Löhnen noch ein ganz anderer Preisabbau notwendig wäre, als er bis jetzt durchgeführt wurde. Eine besonders feine Rolle spielen in den genannten Betrieben die Betriebsleiter. Wenn diese lebenswürdigerweise zu ihren Arbeitern als „Jagdhunde“ bezeichnet werden, so wundert sich in hiesiger Gegend niemand darüber. Wenn der Betriebsleiter Tachee sich erlaubt zu sagen, wenn er Gesetzgeber wäre, würden in bezug auf Sozialversicherung ganz andere Gesetze gemacht, so kennzeichnet das die „soziale“ Gesinnung dieser Leute. Wir haben von Glück gesprochen, wenn einer heute noch Beschäftigung hat, aber unter Bedingungen, wie sie hier Mode sind, muß auch dem Arbeitswilligsten jede Lust und Freude vergehen. Wenn fast kein Tag vergeht, wo nicht mit Entlassungen gedroht wird, die Leistungen nie genügen, tarifliche Erleichterungen beseitigt werden, was Wunder, daß sich die Arbeiter dann vorkommen wie Sklaven im schwärzesten Teil Afrikas. Daß die Meister ihren getreuen

Seine Werberekordleistung



Unser Kollege Hans Jörg, Köln - Ehrenfeld, Heidemannstraße 77, hat trotz der furchtbaren Krise — oder gerade deshalb — dem Fabrikarbeiterverbande 61, in Worten einundsechzig, neue Mitglieder in zehn Wochen zugeführt und den Beweis erbracht, daß man auch in Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges sehr wohl für seine Kampforganisation werben kann.

Diese Werberekordleistung zeigt uns, daß noch Erfolge erzielt werden können. Gerade jetzt, in der Zeit des anstürmenden Faschismus, ist Agitationsmöglichkeit vorhanden. Wer jetzt noch halbwegs Arbeit hat, muß organisiert, muß eingereiht werden in die Front der freien Gewerkschaften. Deshalb nachheften! Mitglieder werben! Ein Bravo dem Kölner Kollegen Hans Jörg!

Bonn / Jahreshauptversammlung

Weit zahlreicher als bei sonstigen Versammlungen war diesmal die Mitgliederanteilmahme zur Jahreshauptversammlung. Einleitend gab Kollege Schmitz einen kurzen Überblick über die Auswirkungen der Notverordnungen, worauf Kollege Wagner als Geschäftsführer den Jahresbericht mit eingehenden Erläuterungen der wirtschaftlichen und politischen Vorgänge des vergangenen Jahres erstattete. Seine klaren Darlegungen der verschiedenen Situationen beschloß er mit einer besonderen Betrachtung der gesamten Verbandstätigkeit. Allein 6578 592,96 RM wurden an Arbeitslosenunterstützung zur Auszahlung gebracht. Das alles war nur durch die Solidarität der Mitglieder möglich, die dem gemeinsamen Interesse große Opfer gebracht haben. Im ganzen hat der Verband 11 724 893,61 RM an Unterstützungen aller Art gewährt. Bittere Not ist mit diesen Beträgen gelindert worden.

Selbstverständlich ist auch die ungeheure Wirtschaftskrise nicht an der Zahlstelle vorbeigegangen. In der Porzellanindustrie gab es am Anfang des vergangenen Jahres 730 beschäftigte Arbeiter und Arbeiterinnen, heute dagegen nur noch 170, und auch diese arbeiten verkürzt. In der feuerfesten Industrie waren es zu Beginn 1931 noch 1110 Beschäftigte, heute dagegen nur 355, die ebenfalls zu einem Teil verkürzt arbeiten. In der Steinzeugindustrie zählen wir gar nur noch 60 Beschäftigte gegenüber 260 im Anfang des Jahres. In der Zementindustrie arbeiteten im Januar 1931 noch 58 Arbeiter, heute 11. Etwas günstiger war das Verhältnis in der chemischen Industrie, wo die Beschäftigtenzahl von 580 auf 440 zurückgegangen ist.

Aber auch da herrscht teilweise Kurzarbeit. Die Zahl in der Tapetenindustrie hat sich das ganze Jahr hindurch gehalten, wenn auch teilweise im Laufe des Berichtsjahres verkürzt gearbeitet worden ist. Gleiches war bei der Papierindustrie zu beobachten. Die Wandplattenindustrie ist nur zu 50 Prozent beschäftigt. Das Koalinerwerk in Oberwinter ist im Laufe des Herbstes ganz stillgelegt worden. Zur Entlassung kamen dadurch 58 Arbeiter. Die Tonindustrie, die von der feuerfesten Industrie abhängig ist, liegt ganz darnieder, und in der Glasindustrie sind auch nur 50 Prozent gegen früher beschäftigt. Man sieht, daß die Krise Ausmaße angenommen hat, wie man sie nie für möglich gehalten hätte. Durch die große Erwerbslosigkeit ist die Verwaltungstätigkeit ziemlich stark in Anspruch genommen worden. Auch sonst war die Bürokratie äußerst rege. Große Aufmerksamkeit brachte man der Jugendbewegung entgegen. Doch mehr als je muß heute für jeden Familienvater die Parole sein, seine schuldlosen Töchter oder Söhne den Jugendgruppen und Jugendveranstaltungen des Verbandes zuzuführen. Der Gau Köln und der Gau Düsseldorf veranstalteten Pfingsten 1932 in Bonn ein Jugendtreffen.

Viel Unheil haben die Gewerkschaften während der gewaltigen Krise von der Arbeiterschaft abgewandt. Noch größere Gefahren gilt es für die Zukunft abzuwehren, um der kapitalistischen Zerstörungswut zu trotzen. Erster Bevollmächtigter, Kollege Engels, betonte anschließend die Notwendigkeit zur Gründung der Eisernen Front. Hierbei zeigte sich, daß die meisten Kollegen auf eine solche schlagfertige Organisation schon lange gewartet haben. Sie bekundeten ihre Sympathie und ihr Pflichtgefühl zur Verteidigung ihrer gewerkschaftlichen Einrichtungen, darüber hinaus ihre Opferbereitschaft für den Gemeinschaftsgedanken, die sozialistische Idee. So bot die Jahreshauptversammlung ein Bild bester Solidarität, von dem man wünschen möchte, daß dieser Geist bald in allen Kreisen der Arbeiterschaft Platz greifen möchte.

Blankenberg (Saale) Generalversammlung

Trotz der Kundegebung für die Eisernen Front war unsere Generalversammlung am 14. Februar gut besucht. Kollege Schöberlein wies im Geschäftsbericht auf die innen- und außenpolitischen Erschütterungen und die schweren Störungen des Wirtschaftslebens hin. Unter ungeheuren Schwierigkeiten hatten die Gewerkschaften ihre Aufgaben zu erfüllen, und sie haben sie erfüllt. Mit aller Kraft wurde den Lohnabbauwünschen der Unternehmer entgegengetreten. Die Forderungen der Unternehmer wurden weit zurückgeschraubt, und unsere Mitglieder haben erkannt, daß ohne den Fabrikarbeiterverband und ohne die Gewerkschaften

die Arbeiterschaft alles hinnehmen müßte, was ihr von den Unternehmern diktiert werde. Im Bericht wurden die Verhandlungen in allen Industrien geschildert und gezeigt, daß mit Ausnahme der Schiefertafelindustrie alle Lohnverträge gehalten werden konnten. Nach dem Kassenbericht betragen Einnahme und Ausgabe 51 090,91 RM in der Hauptkasse und 25 214,23 Reichsmark in der Lokalkasse. An Unterstützungen aller Art wurden rund 33 000 RM ausgezahlt. Damit konnte manche Not gelindert werden. Sämtliche bisherigen Vorstands- und Revisionsmitglieder wurden einstimmig wiedergewählt. Als Vertreter der Jugendgruppe wurde Kollege Alfred Weigl neu hinzugewählt. Dann nahm Gauleiter Schneider das Wort zu seinem Vortrag über: „Lohnabbau im Zeichen der Notverordnung und die Gewerkschaften“. Er schilderte im besonderen die letzten Verhandlungen in der Papierindustrie über Lohnabbau nach der letzten Notverordnung. Die Ausführungen vom Kollegen Schneider brachten für manchen Klarheit in den wichtigsten gewerkschaftlichen Fragen der Gegenwart.

Der Unterhaltungs- und Werbeabend vom 6. Februar war erfreulicherweise von 500 Kollegen und Kolleginnen besucht. Die Darbietungen waren glänzend und voll agitatorischer Kraft. Die Feste des Gauleiters Emil Schönfeld war der Höhepunkt der ganzen Veranstaltung und rief lauten anhaltenden Beifall hervor. Kollege Schöberlein wies in seiner Ansprache darauf hin, daß die herrschende Gesellschaft der Arbeiterschaft nichts freiwillig überläßt. Von allen Anwesenden wurde der Verwaltung für den Abend Dank gesagt.

Emden / Generalversammlung

Am 7. Februar fand die Generalversammlung der noch jungen Zahlstelle statt. Kollege Gruppe gab den Geschäftsbericht und schilderte die Auswirkungen der Krise im Zahlstellengebiet Emden. Nur ein kleiner Teil der Mitglieder steht in Arbeit. Die verheerende Krise macht es den Unternehmern leicht, durch Maßregelungen von mehreren Funktionären den Kampf gegen den Aufbau der im Jahre 1930 gegründeten Zahlstelle zu führen. Der Mitgliederbestand konnte während der Kampagne in der Ziegelindustrie um 50 Mitglieder gesteigert werden, wovon allerdings bei Beendigung der Kampagne ein Teil durch die Abreise in die Heimat verloren ging. Gegenüber dem Vorjahr war immerhin eine Mitgliederzunahme vorhanden. Bis zur Gründung der Zahlstelle bestanden keine Tarifverträge. Es ist im Jahre 1931, trotz aller Schwierigkeiten, für drei Ziegeleibetriebe ein Tarifvertrag geschaffen worden, der für die Kampagne 1931 den 1ten Lohn vom Jahre 1930 vorsah. Auf der Brikettfabrik herrscht zur Zeit noch ein mangelndes Organisationsverhältnis. Den Kassenbericht gab der Kollege Kinast und zeigte, daß trotz der kurzen Mitgliedszeit 221,25 RM an Erwerbslosenunterstützung und 19,40 RM an Not- und 405,— RM an Gemäßregelungenunterstützung ausbezahlt sind.

Alle Diskussionsredner sprachen sich dafür aus, daß die Zahlstelle Emden, allen Gegnern zum Trotz, auch während der schweren Krise ausgebaut werden müßte. Bezirksleiter Acker mann führte unter anderem an, daß die Maßnahmen der Unternehmer allen Arbeitern von Stadt und Land Emden zeige, wie sehr die Errichtung einer starken Zahlstelle des Fabrikarbeiterverbandes vom Unternehmertum gefürchtet wird, und es sei Aufgabe aller Mitglieder, dafür zu sorgen, daß die in der schwersten Krisenzeit gegründete Zahlstelle ein Prellbock wird, an dem alle gegnerischen Maßnahmen zerschellen. Die jetzigen Mitglieder seien dazu berufen, ein Werk zu errichten, worauf die Arbeiterschaft Ostfrieslands später mit Stolz zurückblicken werde. Der Kollege Büntemeier forderte die Mitglieder der Zahlstelle Emden auf, Schulter an Schulter mit den anderen Verbandsmitgliedern für bessere Verhältnisse in Oldenburg-Ostfriesland zu kämpfen. Die anschließende Wahl ergab die Wiederwahl der bisherigen Ortsverwaltungsmittglieder. Eine ausführliche Besprechung erforderten die Schwierigkeiten der Hilfskassierer bei den zerstört wohnenden Mitgliedern. Nachdem alle geschäftlichen Angelegenheiten geregelt waren, sprach Bezirksleiter Acker mann über die nächsten Aufgaben in Tariffragen. Kollege Büntemeier hielt einen Vortrag über „Gewerkschaften in Krisenzeiten“ und konnte insbesondere den Nachweis erbringen, daß unser Verband zur Linderung der Not durch Unterstützungsvorrichtungen stark beigetragen hat. Der Vortrag fand großes Interesse und löste eine längere Aussprache aus.

Hamburg / Jahresbericht

Das jetzt in die Vergangenheit hinübergehende Jahr 1931 war das größte Krisenjahr, das wir je erlebt haben. In der chemischen Industrie wurden die Betriebe durch Rückgang der Produktion mehr oder minder zur Kurzarbeit gezwungen. Die gleichen Erscheinungen waren zu verzeichnen in der Lack- und Farben-Industrie, in der Seifen- und Elemente-Industrie. Ueber zahlreiche Stilllegungsanträge mußte verhandelt werden. Einzelne Betriebe verfielen der völligen Auflösung.

In der Hütten-Industrie wurde zwangsläufig — verursacht durch die allgemeine Wirtschaftslage — von der 36 stündigen Arbeitszeit abgegangen. Teilweise wurden sogar nur 32 Stunden pro Woche gearbeitet. Dort, wo ein flotterer Geschäftsgang zeitweilig einsetzte, ist man nicht über die 48 stündige Arbeitszeit wieder hinausgegangen. Die Mineralöl- und Speisefabrikanten waren für das ganze Jahr gut beschäftigt. Auch die Papier-, Pappen- und Tapetenfabriken am Orte waren im Verhältnis zu den Betrieben im Reich gut beschäftigt. Die Technisierung der Margarinefabriken in Verbindung mit der wirtschaftlichen Depression hat sich für unsere Kollegen in diesem Industriezweig außerordentlich ungünstig ausgewirkt. Die Konzernbetriebe sind infolge der technischen Umstellung ihrer Betriebe in der Lage, ihre Wochenaufträge fast ausnahms-

los in fünf Tagen zu erledigen, wogegen die freien Betriebe im allgemeinen 48 Stunden voll arbeiten.

In der grobkeramischen Industrie kam infolge der rückläufigen Bautätigkeit die Produktion in der Ziegel- sowie der Hartstein-Industrie bereits nach viermonatiger Tätigkeit ins Stocken.

In der feinkeramischen Industrie kam infolge Absatzmangels die Betriebe ebenfalls zum Stillstand beziehungsweise waren zur Kurzarbeit gezwungen.

Im Laufe des Jahres wurden insgesamt sechs Betriebe stillgelegt. In diesen Betrieben waren zuletzt beschäftigt 293 männliche und 20 weibliche Arbeitnehmer; davon waren bei uns organisiert 272.

Die im Laufe des Jahres mit den Vertretern der einzelnen Industriegruppen geführten Verhandlungen über die Einführung der 40-Stunden-Woche nahmen in ihrer Gesamtheit einen negativen Verlauf.

Die Forderungen der Unternehmer auf Lohnabbau gingen bis zu 20 Prozent. Im Durchschnitt beträgt der Lohnabbau für unsere männlichen Mitglieder 7,08 Prozent, für weibliche Mitglieder 7,29 Prozent bis Ende Dezember 1931.

Bei der Firma Oskar Goßler GmbH, Glasgespinstfabrik und Isolerwerk wurde von uns ein Streik durchgeführt, der nach drei Tagen seinen Abschluß durch Vergleichsverhandlung fand. Sämtliche Beschäftigten wurden wieder eingestellt.

Die Wirtschaftskrise hat auch unsere Jugendabteilung weiter stark dezimiert. Die Zahl der jugendlichen Teilnehmer an den verschiedensten Veranstaltungen legt davon ein bezeichnendes Zeugnis ab. Mangel an Kleidung, die geringen Arbeitslosen-, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützungen zwingen auch die Jugendlichen, trotzdem ihnen das Fahrgeld zu Wanderfahrten gewährt wurde, zu Einschränkungen aller Art. Trotzdem gelang es, die Abteilung aufrechtzuerhalten.

Die diesjährigen Betriebsrätewahlen sind von den Kommunisten und deren Säugling, der RGO, mit besonderem Takt eingeleitet worden. Soweit unser Verbandsgebiet in Frage kommt, wurden in zehn Betrieben von der RGO, zu der Wahl Sonderlisten eingereicht mit dem Ergebnis, daß es ihr nur in einem Betriebe gelang, die Mehrheit an sich zu reißen; aber auch in diesem Betriebe haben sie nur die Mehrheit im Arbeiterrat, nicht aber im Betriebsrat.

Vor den Arbeitsgerichten mußten 61 und vor den Landesarbeitsgerichten 5 Klagen vertreten werden.

Durch die Klagen wurde für die 69 klagen den Kollegen eine Lohnsumme von insgesamt 8095,91 RM erwirkt.

Die Klagen bei den Versicherungsämtern der Berufsgenossenschaften und bei dem Spruchauschuß des Arbeitsamtes Hamburg endeten mit Erfolg für die Kläger.

Infolge der wirtschaftlichen Depression und der kommunistischen Wählerarbeit ging die Mitgliederzahl um 973 zurück. Die durchschnittliche Mitgliederzahl betrug 9549.

(Schluß folgt.)

Köln / Jahresbericht

Der Druck der allgemeinen Wirtschaftskrise hat sich im Jahre 1931 auf alle Zellen des gesellschaftlichen Gefüges ausgewirkt.

Die Notverordnung vom 8. Dezember bildet den Schlußstrich unter die Entwicklung eines Jahres, das der Arbeiterschaft durch die Gleichförmigkeit des Lohnabbaues noch stärkere Nöte und Entbehrungen auferlegt hat. Und was das Schlimmste ist: Keine Anzeichen einer Besserung, kein belebender Auftakt einer zunehmenden Umstellung.

In allen Industriezweigen unserer Zahlstelle wurden insgesamt 3246 Arbeiter entlassen. An arbeitslosen Mitgliedern hatten wir zu verzeichnen:

	männl.	weibl.	zus.
Am 1. Januar 1931	1060	260	1320
Am 1. Januar 1932	1280	468	1748

Die Arbeit war das ganze Jahr hindurch sehr umfangreich.

Die Agitation für den Verband wurde äußerst lebhaft betrieben. Eine Propaganda-Abteilung wurde errichtet, die die Agitation gut befruchtet hat.

Am Arbeitsgericht hatte der Verband 71 Klagen, am Bezirkschiedsgericht der chemischen Industrie 22 Klagen zu vertreten. Der finanzielle Erfolg ist insgesamt: 14 378,26 RM.

Die Betriebsrätewahlen waren erneut eine Vertrauenskundgebung für den Fabrikarbeiterverband und Keramischen Bund. In 155 Betrieben wurden 412 Betriebsratsmitglieder gewählt. Davon erhielten:

Fabrikarbeiterverband 321; Christl. Fabrikarbeiterverband 52; die übrigen freien Gewerkschaften 21; kommunistische Opposition 11; Nazis 4.

Auch die Bildung der Mitglieder ist in der Berichtszeit stark gefördert worden.

Die Mitgliederzahl konnten wir in der Berichtszeit noch um 40 steigern. Die Verluste wurden dadurch wieder wettgemacht. Die Gesamtmitgliederzahl beträgt 6403. Wenn man die Zahl der Beschäftigten in unserem Zahlstellengebiet zugrunde legt, so ergibt sich, daß wir davon insgesamt 65 Proz. organisiert haben, ohne die Zahlen derjenigen, die in den christlichen und freien Gewerkschaften ihre Interessenvertretung finden.

Die Kassengeschäfte der Zahlstelle sind gut. Die Gesamteinnahme der Hauptkasse betrug 222 769,88 RM. Der Hauptkasse konnten 81 064,25 RM überwiesen werden.

Der Bestand der Lokalkasse beträgt 186 168,15 Reichsmark.

An Erwerbslosenunterstützung wurden verausgabt 67 547,21 RM, an sonstigen Unterstützungen aller Art 4337,75 RM.

Mit Genugtuung können wir feststellen, daß wir durch gute verantwortungsvolle Zusammenarbeit die Zahlstelle groß und leistungsfähig erhalten haben. Durch eine verstärkte Propa-

ganda nach allen Richtungen konnte die Mitgliederzahl und auch die finanzielle Grundlage der Zahlstelle nicht nur gehalten, sondern noch gesteigert werden. Die Zeiten sind äußerst ernst und schwierig. Erkennen wir die Zeichen der Zeit, verstärken wir alle die Mitarbeit für den Verband, dann wird es sicher gelingen, ohne Schwächung der Organisation über diese Wirtschaftskrise hinwegzukommen.

Wir haben keine Zeit, müde zu sein! P. Hertwig.

Ludwigshafen Generalversammlung

Für die Generalversammlung in Ludwigshafen a. Rh., die am 13. d. M. stattfand, bekundeten die Mitglieder ein sehr reges Interesse.

Die Anwesenden waren durchdrungen vom Geiste echter Solidarität und wahrer Freundschaft.

Kollege Derringer erstattete den Geschäfts- und Kassenbericht. Das Berichtsjahr stand im Zeichen einer nie geahnten großen Erwerbslosigkeit. Darüber hinaus erreichte die Kurzarbeit einen noch nie gekannten Tiefstand. Unser Wunsch, das Wirtschaftsjahr 1931 möge besser werden, ist nicht in Erfüllung gegangen, vielmehr hat sich die Krise in jeder Hinsicht verschärft.

Zur Mitgliederbewegung und Agitation konnte berichtet werden, daß der Stand annähernd gehalten werden konnte, für die heutige Zeit immer noch ein erfreuliches Zeichen. Ein kleiner Abgang wurde durch rege Hausagitation ausgeglichen. Es gilt alle Kräfte zusammenzunehmen, um den Abwehrkampf erfolgreich führen zu können. Wer wankelmütig wird, zeigt Schwäche und schadet sich selbst und der Gesamtheit. Ueber die Betriebsrätebewegung und 1.-Mai-Abstimmung wurde ebenfalls berichtet. Hoffentlich zieht die Arbeiterschaft eine Lehre daraus. In den letzten 3 Jahren konnten 296 Jubilare geehrt werden, darunter auch eine Kollegin. Die Frauen- und Jugendbewegung wurde ganz besonders in den Vordergrund des Interesses gestellt, wo auch erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen sind. Die Schatzungskassen, welche in Wenigsten abgehalten werden, verdienen auch hervorgehoben zu werden. Arbeitsstreitigkeiten waren im Berichtsjahr sehr zahlreich, und sehr viele Fälle konnten zur Zufriedenheit unserer Mitglieder erledigt werden. Die Tätigkeit der Verwaltung im Innen- und Außendienst war ein sehr rege.

Die Aussprache war sehr aufschlußreich und heftig. Wir wissen, daß gewisse Kollegen, die sich ihrer Pflicht nicht bewußt sind, was sie als organisierte Arbeiter zu tun und zu lassen haben, glauben, immer wieder ihre politischen Parolen aus Moskau in die Versammlungen der Gewerkschaften zu tragen. Mit aller Gründlichkeit ist diesen Stöckern von den Kollegen Weber, Schreiber, Kopf und Derringer heimge sucht worden. Entlastung wurde der Verwaltung gegen 3 Stimmen erteilt. Das tollste kam bei der Wahl der Ortsverwaltung zum Ausdruck. Eine Liste, welche im Parteibüro der KPD, und RGO, zurechtgemacht war, ist eingereicht worden und enthielt Namen von Straftaten, die nicht einmal Mitglied des Verbandes sind, und solcher Kollegen, die ihr Einverständnis gar nicht gegeben haben. Auch die übrigen Kandidaten konnten nicht in Frage kommen, weil von ihnen nicht angenommen werden kann, daß sie gewillt sind, das Statut und die Beschlüsse des Verbandes zu beachten.

Auf Antrag wurde insgesamt die seitherige Ortsverwaltung wiedergewählt, nur an Stelle des Kollegen Hellmann, welcher freiwillig ausgeschieden ist, wurde Kollege Fritz Weber hinzugewählt.

Mögen die Aussichten noch so trübe sein, den Mut dürfen wir nicht verlieren. Einig und geschlossen müssen wir zur Abwehr gegen die Feinde der Gewerkschaften rücken und Mann für Mann und Schulter an Schulter uns gemeinsam zusammenfinden in der Eisernen Front gegen Faschismus und Bürgerkrieg.

Hertlein.

Papenburg / Generalversammlung

Am 14. Februar fand unsere Generalversammlung statt. Kollege Bländermann gab einleitend einen kurzen Situationsbericht von der Wirtschaftskrise und ihren Auswirkungen. Anschließend konnte der Jahresbericht gegeben werden. Den Kassenbericht gab der Kollege W. Tietjen; er konnte darauf hinweisen, daß die Einnahmen im Jahre 1931 zurückgegangen seien. Ein ganz enormer Betrag wurde an Unterstützungsgeldern gezahlt. Insbesondere betonte er, daß die Nörgler keine Ursache hätten zu sagen, der Verband leistet nichts usw.

Vom Gauvorstand war der Gauleiter, Koll. Hoffmann, anwesend. In einem einstündigen Vortrag schilderte er die weltwirtschaftlichen Verhältnisse sowie Ursachen und Folgen der Krise. Insbesondere streifte er die Auswirkung der letzten Notverordnung für die Arbeiterschaft in punkto Löhne, Arbeitsrecht, Arbeitslosigkeit usw. Zum Schluß betonte er, der Verband stehe stabil da, jedes Mitglied sei verpflichtet, die Treue und Einigkeit zu wahren und neue Mitglieder zu werben.

Der Kartellbericht wurde in ausführlicher Weise von dem Kollegen Bländermann gegeben. Er schilderte die rege Tätigkeit des Ortsausschusses auf allen Gebieten im Fürsorgewesen, Sozialversicherung, Bildungsarbeit usw.

Die Wahl des Vorstandes ergab einstimmige Wiederwahl der alten Vorstandsmitglieder. Neu hinzu gewählt wurde als Kartelldelegierter der Kollege Heyen.

Nach einigen Mitteilungen und einem Appell an die Kollegen, tatkräftig mitzuarbeiten im neuen Jahre, wurde die gut verlaufene Versammlung geschlossen.

Gräfenroda

Die neue Adresse: Wilhelm Uweilius, Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Zahlstelle Gräfenroda i. Thür., Waldstraße, Gasthaus „Zum Waldtor“. Wir bitten, hiervon Kenntnis zu nehmen.

UNTERHALTUNG UND WISSEN

Die Kluff / Roman von Ellen Wilkinson

Berechtigte Uebersetzung aus dem Englischen von Otto Albrecht van Bebber / Copyright 1931 by Büchergilde Gutenberg

(3. Fortsetzung)

„Tut mir leid, aber ich sehe keine Chance, wie ich Sie hineinbugstieren kann. Es ist bereits überfüllt, und der Generalsekretär hat deswegen strikten Befehl erteilt, nur Delegierte einzulassen.“

„Können Sie ihm nicht sagen, daß ich ein ganz schmeißiges Ding bin?“ plädierte das junge Mädchen.

„Absolut zwecklos! Aber ich werde Sie ins Pressezimmer bringen, wo Sie alles Wissenswerte beinahe so schnell erfahren wie ich selbst. Beim Lunch gebe ich Ihnen dann einen ganz wortgetreuen Bericht. Einverstanden?“

Joan streichelte seinen Arm. „Ich bin Ihnen hier nur im Wege. Möchten Sie lieber, daß ich zum Gordon Square zurückfahre und Sie dort erwarte?“

„Nein, im Gegenteil. Ich habe Sie dem Generalsekretär geliehen, und der kann Ihrer von einem Moment zum anderen bedürfen.“

„Wirklich, William? Ich werde mich gehörig abrackern. Laden Sie mich jetzt flugs irgendwo ab, und streichen Sie mich dann aus Ihren Gedanken, bis Sie das Bündel wieder abholen.“

Royd blickte von seiner stattlichen Höhe lächelnd auf sie herab, während er mit ihr zu einem Nebenzimmer schritt, wo das Heer der Presseleute mehr oder weniger hitzig über die Situation plapperte und schwatzte.

„Wem könnte ich Sie wohl anvertrauen?“ murmelte er, auf der Schwelle stehend.

„Bitte, sorgen Sie sich nicht mehr um mich!“ wehrte Joan. „Lassen Sie mich treiben, bis ich meinen Kurs finde. Ich möchte auch gar nicht an ein unwilliges männliches Wesen gekettet werden, das meint, stößweise Höflichkeitsfloskeln aufzuspüren zu müssen.“

Die Glocke des Vorsitzenden im benachbarten Saal mahnte Royd an seine Pflicht. „Ich muß fort. Also auf Wiedersehen beim Lunch.“

Als er verschwunden war, verkroch sich Joan in eine tiefe Fensternische. Wieviel interessanter war es doch, dieses Gewimmel zu beobachten, als mit einem voreingenommenen Journalisten, dessen Gedanken ganz anders weilt, ein Gespräch zu führen! ... Bisher hatte sie noch keine Gelegenheit gehabt, die Londoner Presseleute bei der Arbeit zu sehen — ihre einstudierte Miene, die völlige Gleichgültigkeit spiegelte, und die betont zufällige Art, mit der jeder, dem man die kleinste Neuigkeit zutraute, umlagert und eingekreist wurde, so daß ihm nur eine gewaltsame Flucht übrigblieb.

„Wollen Sie mir die Störung verzeihen? Mein Freund William Royd gab mir den Auftrag, mich um Sie zu kümmern.“ Joan fuhr herum; neben ihr stand ein blonder Hüne. „Mein Name ist Dacre, Anthony Dacre.“

„Nett von Ihnen! Dacre — sind Sie der Novellenschreiber? Ich habe sehr viele von ihnen gelesen.“

„Das ist nett von Ihnen. Uebrigens sehe ich Sie heute nicht zum erstenmal.“

„Oh! Sollte ich ein solch schlechtes Gedächtnis haben?“

„Wir lernten uns nicht kennen. Es war kurz nach dem Kriege, und Sie sprachen in einer großen Frauenversammlung über Frauenorganisation und Gewerkschaften. In der Essexhalle, erinnern Sie sich? Ihre Ausführungen machten einen großen Eindruck auf mich.“

„Warum diese schamlose Schmeichelei?“

„Aber nein, es ist Tatsache. Mir imponierte weniger das, was Sie sagten, als Ihre fabelhafte Vertrautheit mit allen Arbeiterproblemen.“

„So, so!“ Joan lächelte. „Den ersten berühmten Mann habe ich also schon gekapert. Nun zeigen Sie mir die anderen Löwen hier.“

„Der erste berühmte Mann verneigt sich dankend“, sagte Anthony Dacre feierlich. — „Lassen Sie mich mal Umschau halten, wer hier ist.“

Während er sich im Zimmer umsah, konnte Joan ihn einer verstorbenen Mustering unterziehen. Ein interessantes Gesicht: eckig, braun und energisch. Das dicke Haar über ihm stand aufrecht wie eine Bürste. „Als wäre sein Kopf von einem der modernen Deutschen aus dem Holz herausgeschnitten“, dachte sie. „Nichts Weiches. Aber wie unsagbar müde seine Augen blickten!“

„Ah, da ist Parma de Pratz!“ meldete sich Dacres Stimme. „Die müssen Sie in Ihre Fundliste verzeichnen.“

„Welch toller Name! Was treibt diese elegante Schönheit hier?“

„Es ist Londons bekannteste Reporterin“, flüsterte er hastig, da Miß de Pratz sich ihnen näherte.

Sie trug ein dunkelrotes Kostüm von ausgefallenem Schnitt, dazu eine kleine Kappe aus den ihr gleichnamigen Veilchen und einen kunstvollen Schal, der Joans brennenden Neid entfachte.

„So weit fort heute von Ihrem ureigenen Revier, schöne Frau!“ begrüßte Dacre sie. „Darf ich Ihnen Miß Craig vorstellen?“

Miß de Pratz schenkte Joan die flüchtige Aufmerksamkeit, die sie einem Stübchen auf ihrem Aermel gewidmet haben würde, und wandte sich dann sofort wieder an Dacre.

„Was wird die große Sensation nach dem Kriege. Ich mache die Reportage für die amerikanische Presse und werde eine glänzende Geschichte hinauffächeln. Auf Wiedersehen!“ Und lässig trieb sie von dannon.

„Nun wird sie eine herzerreißende Mär zusammenbrauen, wie Jimmy Brown, als er für den Streit seiner teuren Mutter geächtet!“ kommentierte der Journalist, sobald

sie außer Hörweite war. „Und obwohl der arme Jimmy sie vielleicht nie gesehen hat, wird er doch nicht imstande sein, es abzuleugnen!“

„Sie ist ein hochnäsiger Protz!“ fauchte Joan.

„Protz? ...“ Dacre sah seine Gefährtin erstaunt an. „Nicht die Spur. Ah, Sie meinen, weil Parma Ihnen nicht gleich um den Hals fiel? Warten wir ab, bis wir einmal länger mit ihr zusammen sind, dann wird sie Ihnen, und Sie werden ihr schon gefallen.“

„Ich werde Miß de Pratz immer hassen“, versicherte Joan. „Sie erweckte in mir das Gefühl, als sei überall auf meiner Person das Wort „Provinz“ geschrieben. ... Aber lassen wir das — ich möchte, daß Sie mich weiter über die Anwesenden orientieren.“

„Da links ist Bennett, Redakteur Ihrer größten Arbeiterzeitung, dem Daily Herald. Ein netter Kerl, dessen Bekanntschaft ich Ihnen empfehle. Der freut sich, daß er jetzt Stoff für seitenlange Berichte hat, denn seine Zeitung ist zu arm, um sich den riesigen Nachrichtenapparat der bürgerlichen Presse leisten zu können.“

„Und der auseinandergeflossene Mann hinter ihm?“

„Elphinstone, die große Kanone vom Telegraph. Der holt sich, wenn es nicht anders geht, die Nachrichten durchs Schlüsselloch. Uebrigens hat er einen unheimlichen Riecher für künftige Ueberschriften, und niemals

passieren ihm Fehler, wie sie Parma bisweilen unterlaufen. Seien Sie übrigens etwas kühl, wenn Parma Sie in diesen Tagen auspumpen will.“

„Kühl? Meine Haltung wird bestimmt innerhalb fünf Minuten das fließende Wasser ihres Küchenkrans zu Eis erstarren lassen, wie es in den Annoncen heißt.“

„Und mit den anderen gleichfalls Vorsicht. Wenn Elphinstone Sie in Royds Gesellschaft gesehen hätte, so wäre ihm sofort der Gedanke gekommen, daß jemand, der dem Sekretär der Industriearbeitergewerkschaft nahesteht, eine vorzügliche Nachrichtenquelle ist, und er wäre nicht von Ihrer Seite gewichen.“

„Ich bin froh, daß Sie zuerst kamen“, gestand das junge Mädchen.

Nach Ablauf der ersten Stunde verstanden sich Joan und Anthony Dacre so gut, als hätten sie sich ihr Leben lang gekannt. Aus der Art, wie er den Gruß verschiedener Leute erwiderte, die ihn offenbar schätzten und bewerteten, sah man, daß er sie nicht nur schätzte, sondern auch schätzte, daß er keine verschwenderische Natur war. Sein gesellschaftliches Gebaren hätte man steif, beinahe geschraubt nennen können, doch ihr gegenüber zeigte er sich als ein reizender Gefährte. Das magere blasser Gesichtchen in seinem Rahmen pechschwarzer Haare, das so verlassen in dem Gehäus auftauchte, hatte Anthony Dacres Barrieren unversehens niedrigerissen, und er, der mit der Absicht kam, zu Royds einsamem kleinem Freund ein wenig nett zu sein, fand eine Frau, deren

sicheres Urteil über die gesamte Arbeiterbewegung auf Kenntnissen basierte, die weit über die der Journalisten, unter denen er lebte, hinausgingen. Dieses Mädchen war empfänglich, intelligent und sich ihres eigenen Scharmes vollkommen unbewußt — eine Art, der Dacre noch nie begegnet war.

Die Zeiger der Uhr wiesen beinahe auf Viertel nach eins, als Royd kam, um Joan zu suchen. Er sah erhitzt und abgespannt aus. Die Schaar der Journalisten, die sofort auf ihn einströmten, fertigte er kurzerhand ab. „Nur offizielle Nachrichten heute!“, und zog dann die beiden hastig abseits in eine Ecke.

„Die Lage ist ernst“, sagte er hastig. „Die Beauftragten des Generalrats verhandeln in der Downing Street mit dem Premierminister und werden mit seiner endgültigen Antwort erst heute nachmittag zurück erwartet; wir wirft er unser Angebot, so bleibt nur ein Ultimatum übrig. Ich möchte, daß ihr beide jetzt essen geht, da ich durch eine Beratung meiner Exekutiv verhindert bin. Einverstanden, Dacre?“

„Selbstverständlich“, beeilte sich Anthony zu versichern.

„Aber...“, stammelte Joan. Jedoch William Royd hatte sich bereits entfernt und winkte über die Köpfe der zudringlichen Journalisten hinweg noch einmal freundlich zurück. „Dacre“, fuhr sie fort, „Sie haben sich sich mit Bekannten schon irgendwie verabredet und ich bin Ihnen einfach aufgehalten worden.“

„Ist das eine höfliche Andeutung, daß Sie das Alleinsein vorziehen?“

„Durchaus nicht; nur mag ich Ihnen nicht lästig fallen.“

(Fortsetzung folgt)



Wie steht es um die Frauenarbeit? (Schluß)

Ueber die Ursachen der prozentualen Steigerung der Frauenarbeit führt der Bericht von Lippe aus, daß diese Zunahme zum Teil zurückzuführen sei auf die immer mehr um sich greifende Verwendung von weiblichen Personen in der Holz- und Zelluloidwaren-Industrie. Und im sächsischen Bericht heißt es, daß bei Umgestaltung von Arbeitsmethoden die Frauenarbeit vielfach wegen der niedrigen Löhne sowie wegen der besonderen Geschicklichkeit, Wendigkeit und Ausdauer besonders begünstigt wird. — Schon immer war die Frau das billigste und willigste Ausbeutungsobjekt, und außerdem hatten die Unternehmer auch die Gewähr, daß die Frau es an Ausdauer und Intensität nicht fehlen läßt. Es muß aber immer wieder festgestellt werden, daß Frauen noch häufig mit Arbeiten beschäftigt werden, die ungeeignet, oder gar unzulässig für Frauen sind. Es handelt sich hier meist um schwere, gesundheitsschädigende Arbeit in den verschiedensten Industrien. Treffend wird im sächsischen Gewerbeaufsichtsbericht das folgende geschildert:

„Die lebhafter Entwicklung stehende Technisierung der Arbeitsvorgänge ist weitgehend auch darauf gerichtet, schwere Arbeiten, die besondere Körperkraft erfordern, durch Maschinen ausführen und diese dann von Frauen bedienen zu lassen. Diese Umwandlungen erfordern besondere Beachtung daraufhin, ob diese Arbeiten auch wirklich der Konstitution der Frau entsprechen. Der einzelne Handgriff an Maschinen mag oft nicht schwer sein, die dauernde Wiederholung desselben kann aber ganz bedeutenden Kraftaufwand erfordern und derartige Anstrengung verursachen, daß ihnen die Frau in des Wortes wahrer Bedeutung nicht „gewachsen“ ist. So wurden in einem Betriebe Arbeiten an Pressen und Stanzen, die bisher Männer verrichteten, Frauen übertragen. Die Arbeit verlangt ein Herunterdrücken von Hand- und Fußhebeln; Bewegungen, die gerade für den Frauenkörper deshalb ungeeignet sind, weil sie zu Schädigungen der Unterleibsorgane führen können. Die beteiligten Frauen fürchteten auch alle selbst, daß sie durch die Dauer der Arbeit wohl nicht leisten können; zwei der Arbeiterinnen waren erkrankt, die unmittelbare Zusammenhang dieser Arbeit mit der Erkrankung endgültig zu beweisen war. Dennoch ist es dem Gewerbeaufsichtsamt zunächst nicht gelungen, die Frauenarbeit an diesen Maschinen zu beseitigen.“

Was haben unsere Kolleginnen aber alledem zu sagen? Haben sie ihre große Bedeutung, ihre Unentbehrlichkeit in der kapitalistischen Wirtschaft schon erkannt? Und besitzen sie das notwendige Selbstvertrauen und Selbstbewußtsein zum Kampf um mehr Anerkennung und besserer Wertung ihrer Leistung? Die Kolleginnen wissen sehr wohl, daß sie ungerechterweise billiger arbeiten müssen als der männliche Kollege. Sie wissen auch, daß sie oft die stumpfsinnigste und schwerste Arbeit im Betrieb verrichten müssen. Sie wissen vor allem, daß sie die ihnen aufgetragenen Arbeiten nicht verweigern können, ohne Gefahr zu laufen, entlassen zu werden. Und dennoch ist es immer nur eine geringe Anzahl der Kolleginnen, die mit wirklichem Ernst gegen das bestehende Unrecht an-

kämpfen. Wo sind die anderen? Was weiß die organisierte Kollegin von ihrer Arbeitsschwester, die noch nicht organisiert ist? Weiß sie, was ihre Kollegin in der Freizeit tut? Hat sie schon darauf hingewiesen, daß mehr als 600 000 Arbeiterinnen in den freien Gewerkschaften organisiert sind, und davon allein rund 80 000 im Fabrikarbeiter-Verband und Keramikerbund? Erkennt sie ihre unorganisierte Kollegin des oftsten daran, daß es die moralische Pflicht einer jeden Kollegin ist, sich zu organisieren in den Reihen der Gewerkschaften, um so besser gegen das bestehende Unrecht ankämpfen zu können? Wird in den Betrieben genügend Aufklärung geschaffen über die Bestrebungen der Unternehmerreaktion und deren Söldner —

Großreinemachen und Gesundheit

Der Frühling und das Osterfest nahen mit Riesenschritten. In diesem Jahr fällt bekanntlich Ostern sehr zeitig, und die Hausfrauen gehen mit Beginn des Monats März daran, die Wohnung nach der langen Winterpause zu überholen. Dies ist nicht nur aus Reinlichkeitsgründen, sondern auch aus Gesundheitsgründen erfreulich, denn trotz der größten Sorgfalt der Hausfrauen haben sich in versteckten Ecken Staub und Bakterien gelagert. Es ist kein Zufall, daß zahlreiche Erkrankungen von Kindern am Ausgang des Winters und bei Beginn des Frühlings festzustellen sind. Die lange Abwesenheit der Sonne hat das Bakteriengedächtnis unangenehm werden lassen. Darum muß man beim Großreinemachen in erster Reihe darauf achten, daß nach der langen Winterzeit, wo die Fenster nur vorübergehend zur Lüftung geöffnet wurden, viel Luft und Sonne in die Wohnung kommen. Man räume zuerst die Portieren, Gardinen, Vorhänge und die Plüschmöbel fort. Den Staub aus den Sachen muß man auf dem Hofe oder auf dem Balkon herausklopfen. Dann werden die Wände abgerieben und vom Staub befreit, die Fensterbretter und Fußböden gesäubert. Man tue in das Wasser etwas Salmiak, das zwar die unangenehme Eigenschaft hat, peinlich zu riechen, aber andererseits auch die sehr angenehme, Bakterien zu töten. Dann haben wir eine saubere Wohnung, die zugleich gesund ist, denn soweit man es in einem Privathaushalt durchführen kann, sind Bakterien und Krankheitskeime beseitigt. Die Polstermöbel, Stoffgardinen und Vorhänge, die man nicht waschen und mit desinfizierenden Stoffen behandeln kann, ohne sie zu beschädigen, setze man der Einwirkung von Licht und Luft aus. Stoffe, die nicht ganz farbecht sind, werden während der kurzen Zeit der Lüftung und Belichtung nicht leiden. Natürlich darf man dann in diesen Fällen die Möbel nicht zu lange der Sonne aussetzen. Das Licht ist der beste Gesundheitsbringer. Es tötet nicht nur die Bakterien, sondern es macht, was die meisten Menschen gar nicht wissen, die Möbel geradezu zu Gesundheitsbringern, gewissermaßen zu kleinen, privaten Haussonnen. Das Mysterium der Lichtstrahlen ist viel größer als wir ahnen. Sie sind auch dann noch heilwirkend, wenn sie auf Umwegen durch einen Mittler zu den Menschen gelangen. Durchsonnte Betten, Sofas, Sessel und Teppiche sind also nicht nur gereinigt und bakterienfreie Gegenstände, sondern sie sind, was viel mehr ist, kleine Filialen der Sonne im Hause. Darum achte man besonders darauf, daß wenigstens während der Zeit des Großreinemachens die Sonne möglichst lange in die

über die Nazis? Wird das Treiben der FPO (Roten „Gewerkschafts“-Opposition) gekennzeichnet? Nicht jene Leute können die Rechte der Arbeiterschaft und die Interessen der Frauen vertreten, sondern deren Taten sind Verbrechen an der Arbeiterschaft. Sie leisten dem brutalen Unternehmertum nur Vorspanndienste bei den Bestrebungen, die Errungenschaften der Arbeiterbewegung wieder zu beseitigen. Und Kolleginnen, was hat ihr dazu zu sagen? Ueberhaupt zu all den reaktionären Spekulationen und Maßnahmen gegen euch, Kolleginnen? Hier lohnt sich der Kampf um die Gewinnung der arbeitenden Frauen und Mädchen im Interesse der Arbeiterinnen und der Gesamtarbeiterschaft. Die um so mehr, als es gilt, gerechte Wertung der Frauenleistung herbeizuführen. Doch ohne Kampf kein Erfolg! Und ohne gewerkschaftliche Erfolge kein Fortschritt! A. Z.

offenen Fenster hineinscheint, und wenn die Sonne nicht zu sehen ist, dann wenigstens das Tageslicht, das auch ganz erfreuliche Eigenheiten in bezug auf unsere Gesundheit aufweist. Noch ist es leider nicht so warm, daß man die Fenster während des ganzen Tages offen halten kann. Darum benutze man wenigstens die zahlreichen Stunden des Großreinemachens, um die junge, heilkräftige Sonne oder die frische gesunde Frühlingsluft — denn schon Anfang März hat die Luft hervorragende Eigenschaften des Frühlings — in die Wohnung zu lassen. Das ist die rechte Art des Säuberns! Dr. C. E.

Zunahme der Ehescheidungen

In Deutschland haben sich nach den neuesten Veröffentlichungen des Statistischen Reichsamtes im Jahre 1930 die Ehescheidungen weiter vermehrt. Es wurden nicht weniger als 40 727 Ehen geschieden, also um 700 mehr als 1929 und 10 v. H. mehr als 1928. Hamburg erst mit 200,7 Scheidungen auf 100 000 Einwohner an der Spitze. Es folgt Berlin mit 188,7 Scheidungen auf 100 000 Einwohner. Es folgen weiter Schleswig-Holstein mit 77,7, die Rheinprovinz mit 59,9, Sachsen mit 59,5, Westfalen mit 56,5 und Brandenburg mit 52,7. Diese Ziffern zeigen uns deutlich, daß mancher mit vieler Hoffnungen geschlossene Bund nicht fürs Leben, sondern nur für kurze Zeit ausgereicht hat.

Wo ist Frauenüberschuß und wo ist Männerüberschuß?

Nach den letzten Volkszählungen hatten

	Frauen u. nur Männer	Frauen u. nur Männer
Deutschland	32 594 796	30 588 821
Oesterreich	3 387 077	3 147 404
England und Wales	19 811 460	18 075 297
Europ. Rußland	59 998 944	54 410 102
Spanien	11 016 460	10 374 385
Frankreich	20 352 884	18 411 000

Männerüberschuß findet man in:

	Frauen	jedoch Männer
USA.	nur 51 810 189	53 900 400
Asiat. Rußland	nur 15 963 652	16 166 400
Australien	nur 2 672 864	2 762 500
Japan	nur 29 723 713	30 013 100
Südafrika	nur 3 500 064	3 656 200
Hongkong	nur 363 286	484 000